

echo der arbeit

3/4 65

HÜTTENWERK OBERHAUSEN AG

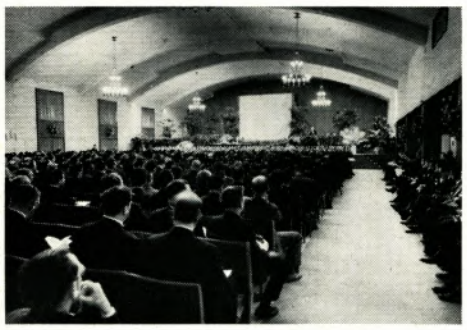
thyssenkrupp Corporate Archives

AUS DEM INHALT



SEITE 3

873 Aktionäre waren zur diesjährigen Hauptversammlung erschienen. Sie vertraten 84,3% des Aktienkapitals von 260 Mio. DM. Bei einer unveränderten Dividende von 10% hat die HOAG kein „Fett" ansetzen können.



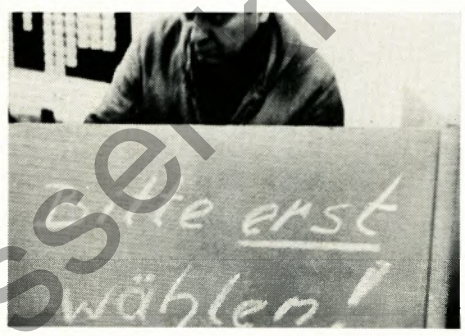
SEITE 10

In Amsterdam und Düsseldorf beschäftigten sich die Arbeitgeber, in Oberhausen die IG Metall mit der Automation. Beide Seiten sehen darin eine Aufgabe und auch eine Chance.



SEITE 12

Mit der 4wöchigen Übergangsschulung unserer gewerblichen Lehrlinge in der Jugendherberge Bilstein im Sauerland beschritt die HOAG einen neuen Weg des Berufsbeginns.



SEITE 17

Drei Jahre Arbeit und drei Jahre Bewährung liegen vor unseren neugewählten Betriebsräten in Oberhausen und Gelsenkichen. Wir berichten über Wahlergebnis und Aufgabenverteilung.

thyssenkrupp Corporate Archives



Titelbild und Rückseite

Die Bilanz ist sozusagen eine Momentaufnahme, die ein Bild des Unternehmens am Bilanz-Stichtag gibt.

Aktiva und Passiva in der Bilanz sind Vermögensteile und Verbindlichkeiten. Bildlich ausgedrückt: Sonnenschein und Regen.

echo der arbeit

Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft, Oberhausen (Rhld.).
Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger.
Redaktion: Karlheinz Benthien
Layout und Graphik: Caren Straeter
Fotos: Rudolf Holtappel, Walter Steinbrink
Anschrift der Redaktion: Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66 (Hauptverwaltung), Telefon 24681, Werksruf 4267 und 4299. Zustellung kostenlos. Textbeiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar.
Herstellung: VVA-DRUCK, Vereinigte Verlagsanstalten G.m.b.H., Oberhausen (Rhld.) + Düsseldorf.
Klischee-Herstellung: Vignold, Essen (Ruhr), Gärtnerstraße.

DAS 18. GESCHÄFTSJAHR



Das erste Geschäftsjahr der Hüttenwerk Oberhausen AG begann am 1. März 1947 und endete am 30. September desselben Jahres. In diesen ersten 7 Monaten des neu gegründeten Unternehmens wurden insgesamt 163699 t Roheisen und 201984 t Rohstahl erzeugt. 8000 Mitarbeiter beschäftigte die HOAG damals: 7258 Arbeiter und 742 Angestellte. Es war eine schwere Zeit und der Bericht des Vorstandes schloß mit den Worten: „In der Hoffnung auf baldige erträglichere Lebensbedingungen setzen Arbeiter und Angestellte ihre letzten Energien ein und liefern täglich neue Beweise ihrer vertrauensvollen Mitarbeit am Wiederaufbau des Werkes." 1947 stand der Wiederaufbau im Vordergrund aller Arbeit; heute gilt es, sich im immer schärfer werdenden Wettbewerb auf den In- und Auslandsmärkten zu behaupten.



Vor 18 Jahren ging es wie überall um den Aufbau der Produktionsanlagen, um das Sattwerden und um die einfachsten Dinge des täglichen Lebens. Das alles ist längst vorüber, mit besseren Zeiten kamen andere Sorgen. Heute kommt es darauf an, den wirtschaftlichen Erfolg der vergangenen Jahre zu bewahren und auszubauen. Nicht umsonst wies der Vorsitzende unseres Aufsichtsrates, Dr. Butschkau, auf der diesjährigen Hauptversammlung in der Oberhausener Stadthalle darauf hin, daß die Geldwertstabilität durchaus die Grundlage für dauerhaftes Wachstum und dauernde Vollbeschäftigung darstellt.

Die Hüttenwerk Oberhausen AG zahlt in diesem Jahr wiederum eine Dividende von 10%. „Sie können versichert sein", sagte Dr. Butschkau den Aktionären, „wir haben kein Fett angesetzt."

Der westdeutsche Steinkohlenbergbau setzte im Jahre 1964 mit rd. 109 Mio. t Kohle, Koks und Briketts rd. 8% weniger um als im Jahr zuvor. Schuld daran war einmal die milde Witterung und der weitere Rückgang des spezifischen Kohleverbrauchs wie beispielsweise in Kraftwerken und Hochöfen. Zum anderen aber das weitere Vordringen des Heizöls, dessen Inlandabsatz um 16% zunahm.

„Der Konkurrenzdruck des Erdöls hält im Kohlenbereich unvermindert an", sagte Dr. Butschkau. „Die gegen Ende 1964 ergriffenen und geplanten energiepolitischen Maßnahmen sollten uns zu keinen überspannten Erwartungen veranlassen. Es ist ein ganzer Katalog von Planungen, die unter anderem sowohl die Behandlung der Ölimporte, Bevorratungsvorschriften im Energiesektor als auch eine Steuerung der Zuwachsraten im Raffineriebau erreichen wollen. Die erhoffte Wirkung besteht darin, daß es wettbewerbsmäßig zu einer Verlangsamung der Substitution der Kohle durch das Heizöl kommt." Mit anderen Worten: Das Vordringen des Heizöls wird allenfalls gebremst, während der Bergbau etwas Zeit gewinnt, sich der Entwicklung anzupassen oder ihr entgegenzuwirken. Dabei spielt der Bau neuer Kraftwerke und die Verstromung der Kohle eine wesentliche Rolle.

„Einem solchen Prozeß wirkt natürlich die Lohn- und Gehaltserhöhung innerhalb der Kohle und deren zwangsläufige Abwälzung auf die Preise entgegen", fuhr Dr. Butschkau fort.

„Faßt man die zahlreichen, dem Schutz der heimischen Kohle gewidmeten Maßnahmen zusammen, so war am wichtigsten die Erklärung des festens Willens der Bundesregierung, die Steinkohlenförderung im westdeutschen Bundesgebiet mit rd. 140 Mio. t Jahresförderung aufrechterhalten zu wollen bei gleichzeitiger Unterstützung aller Rationalisierungstendenzen, die der Bergbau selbst in die Wege geleitet hat."

Sinneswandel der Hohen Behörde

Unter dem schweren Konkurrenzkampf des Heizöls ist der Anteil der Steinkohle am Energieverbrauch von 60% im Jahre 1960 auf 48% gesunken, während die Mineralölprodukte ihren Anteil auf 33% erhöhten.

„Bei dieser Lage der Steinkohle ist es besonders erfreulich", führte Dr. Butschkau weiter aus, „wenn die Hohe Behörde zu der Erkenntnis gekommen ist, daß das im Montan-Vertrag aufgestellte Verbot von Subventionen seinen ursprünglichen Sinn verloren habe und durch konstruktive Hilfsmaßnahmen für den Kohlenbergbau ersetzt werden müsse. Die Hohe Behörde hat damit der Tatsache Rechnung getragen, daß bei der Kohle die eigentlichen Probleme heute weniger in der Sicherung eines hohen Wettbewerbsgrades liegen, als vielmehr auf dem Gebiet der Rationalisierung, der Planung sowie der Umstellung und des Schutzes der Arbeitnehmer."

Gestiegene Leistung und höhere Kosten

Mit 4,83 Mio. t Kohle, davon 87% aus vollmechanisierten Betrieben, erreichte die HOAG im abgelaufenen Geschäftsjahr wiederum 4,1% der gesamten Ruhrkohlenförderung. Die Untertagebelegschaft ging um 325, die Gesamtbelegschaft um 1024 Beschäftigte zurück. 835 Ausländer waren gegen Ende des Berichtsjahres auf unseren Schachtanlagen beschäftigt, das sind 8% unserer Arbeiterbelegschaft. Die Schichtleistung verbesserte sich auf 2650 kg und lag damit etwa beim Ruhrdurchschnitt.

Leider konnte die niedrige Unfallziffer des Vorjahres nicht gehalten werden, wenn auch unser Unfallstand 35% unter dem Ruhrdurchschnitt lag.

„Weitere Kostenerhöhungen, zu denen ich nicht die Kosten der gesamten Rationali-

Thyssenkrupp Co



sierung rechne", fuhr Dr. Butschkau fort, „haben die Vorteile der Mechanisierung weitgehend aufgezehrt.

Ab 1. Januar 1965 wurden die Löhne und Gehälter um weitere 7,5% angehoben, während das Wohnungsgeld für Arbeiter auf 4 DM pro Schicht und für Angestellte auf 100 DM heraufgesetzt wurde.

Die mit dieser Lohn- und Gehaltserhöhung verbundene Mehrbelastung beträgt beim HOAG-Bergbau rd. 15,5 Millionen DM im Jahr. Davon wird nicht einmal ein Drittel, und zwar 4,3 Millionen DM, durch die Erhöhung der Kohle- und Kokspreise aufgefangen. Die Wirkungen der restlichen zwei Drittel werden uns in der Hauptversammlung des nächsten Jahres beschäftigen."

Schärferer Wettbewerb auch beim Stahl

Das Jahr 1964 brachte der westdeutschen Stahlindustrie mit rd. 37,7 Mio. t das bisher höchste Produktionsergebnis. Doch steigt die Stahlerzeugung nicht nur in Westdeutschland, die Konkurrenz wird härter und zahlreicher. Dazu Dr. Butschkau: „Nach einer Untersuchung der Hohen Behörde ist mit einem Ansteigen der Weltstahlkapazität von 360 Mio. t im Jahre 1964 auf 455 Mio. t im Jahre 1970 zu rechnen, wobei die osteuropäischen Länder und auch China nicht berücksichtigt sind. Mit der einschränkenden Bemerkung, daß wir schon manche irrende Prophetie der Hohen Behörde erlebt haben, ist also ein anhaltendes, eher wachsendes Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf dem Weltstahlmarkt zu erwarten.

Bis 1970 wollen 16 Länder, die bisher reine Stahlimporteure waren, die Stahlerzeugung aufnehmen. Damit würde sich die Zahl der Stahlproduktionsländer der Welt von bisher 51 auf 67 erhöhen. Die Folge dürfte sein, daß die alten Stahlproduzenten neben dem immer schärferen Wettbewerb auf den Exportmärkten auch auf ihren Inlandsmärkten einem größeren Druck standhalten müssen.

Es gibt wohl auch ‚Kapitalfehlleitungen' bei dem Bau von Stahlwerken, besonders wenn der Einfluß der Nationalpolitiker in den in Frage kommenden Ländern oder der Manager in der Investitionsgüterindustrie überstark ist. Es wäre meines Erachtens eine interessante Aufgabe für Wirtschaftspsychologen und -historiker, einmal zu prüfen, aus welchem Komplex von Einflüssen es zum Bau von Stahlwerken in aller Welt kommt."

Wettbewerb der deutschen Stahlindustrie belastet

In dem heute schon verschärften Absatz-Wettbewerb wird die deutsche Stahlindustrie durch eine Reihe von Fakten belastet, von denen Dr. Butschkau die vier wichtigsten aufzählte:

„Die im Vergleich zu den Wettbewerbern kleineren Unternehmensgrößen der deutschen Stahlindustrie. Gegenüber den drei größten Stahlerzeugern der Vereinigten Staaten, die im Jahre 1964 z. B. 29, 18 und 9 Mio. t, oder den beiden größten japanischen Unternehmen, die 9 Mio. t und 7 Mio. t Rohstahl erzeugten, nehmen sich die deutschen Gruppen, die im allgemeinen 2 bis 3 Mio. t Rohstahl produzieren, etwa wie Halbstarke aus . . .

Die Zersplitterung unserer Produktionsprogramme und des Handels und die darauf beruhenden kleinen Walzlose;

die höchsten Aufwendungen für Löhne und Lohnnebenkosten bei gleichzeitig kürzester Arbeitszeit in Deutschland. So lagen schon 1963 die Lohnnebenkosten je Tonne Walzstahlerzeugung in Frankreich um 15 DM niedriger als in der Bundesrepublik. Inzwischen dürfte sich das Verhältnis weiter zuungunsten der Bundesrepublik verschoben haben.

Ferner die Verwendung preisgünstiger amerikanischer Kohle in anderen Stahlerzeugungsländern."

„Der Vergleich unserer Erzeugungszahlen von 1964 mit denen des Vorjahres gibt in der Relation zur Welt kein günstiges Bild. Unter den maßgeblichen stahlerzeugenden Ländern ist die Bundesrepublik das einzige Land, in dem die Erzeugung der eisenschaffenden Industrie relativ stetig abgesunken ist. Doch dies ist ein mehr statistischer Effekt, der wie alle Wachstumsrechnungen eigentlich sehr sorgfältiger Kommentierung bedarf. In der Welt wird die Stahlerzeugung zunehmen, da sie ein Reflex der Bevölkerungsvermehrung und ihrer Auswirkungen ist, die besonders auf allen Gebieten des Verkehrs, des Wohnungs- und Straßenbaus, der Maschinisierung und vieler sonstiger Zwecke der Infrastrukturen der Völker sichtbar sind."

Revolutionäre Änderung der Verfahrenstechnik

Die Stahlindustrie der Welt und der Bundesrepublik steht in einer geradezu revolutionären Veränderung ihrer Verfahrenstechnik. Als Ursachen nannte Dr. Butschkau im wesentlichen drei Tatbestände:

Die Veränderung im Markt von Roh- und Brennstoffen, insbesondere das reichliche Angebot hochprozentiger Eisenerze sowie von gasförmigen und flüssigen Primärenergieträgern;

das Verlangen der Stahlverarbeiter nach immer höh erwertigen Stählen mit immer weit er eingeengten Toleranzen sowie die relativ schnelle Verlagerung der Verbrauchsschwerpunkte, und außerdem die zwingende Notwendigkeit, den Lohnstundenaufwand pro erzeugter Tonne drastisch zu senken, um die steigenden Löhne aufzufangen, also der dadurch verursachte Zwang zu kapitalintensiven automatisierten Anlagen.

Die Stahlindustrie richtet ihr Augenmerk in dieser Situation u. a. auf die weitgehende Vorbereitung des Hochofen-Möllers durch verschiedene Methoden, auf die Sauerstoff-Metallurgie, die automatische Walzstraße sowie auf die Vakuum-Entgasung des Stahls und auf den Strangguß.

Interessante Sonderstähle der HOAG

„Was nun die HOAG anbelangt", so heißt es weiter in dem Bericht von Dr. Butschkau, „so bemühen wir uns, eigene Ent-

thyssenkrupp Co

wicklungsbeiträge dazu zu leisten, sowohl bei der direkten Reduktion der Eisenerze als auch auf dem Grobblechsektor. Dort ist es uns gelungen, Stähle zu erzeugen, deren Streckgrenzen- und Zugfestigkeitswerte etwa das Doppelte dessen betragen, was noch vor wenigen Jahren die obere Grenze des Möglichen darzustellen schien. Hiermit eröffnen sich sowohl für den Schiffbau, als auch für den Straßen-, Brücken- und Apparatebau neue Perspektiven.

Wir glauben, daß wir infolge der guten Eigenschaften unserer Stähle die Konkurrenz durch andere Werkstoffe nicht zu fürchten brauchen.

Der Anteil unseres Hüttenwerkes an der Erzeugung der Bundesrepublik belief sich 1963/64 je nachdem, ob man Roheisen oder Walzstahlfertigerzeugnisse nimmt, auf 6 bis 7%."

Mit der höheren Produktion stieg auch der Bedarf an Arbeitskräften. Wegen der Enge des inländischen Arbeitsmarktes mußten auch hier Ausländer eingestellt werden. Ende des Geschäftsjahres waren auf der Hüttenseite 1110 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. Ihr Anteil an der Arbeiterbelegschaft betrug damit rd. 8,5%.

Leider war bei allen Arbeitsschutzmaßnahmen ein Ansteigen der Betriebsunfälle nicht zu verhindern. Unsere Spitzenstellung in der Unfallverhütung unter den vergleichbaren Hüttenwerken wurde jedoch behauptet. Am langfristigen Sparen nach dem Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer beteiligten sich freiwillig rd. 19,1% der anspruchsberechtigten Belegschaft von Bergbau und Hütte. Die ab 1. Februar 1965 beschlossene Erhöhung der Löhne und Gehälter und die Urlaubsverlängerung um zwei Tage bedeutet eine jährliche Mehrbelastung von 11,30 Mio. DM, der die Auswirkungen der Kohle- und Kokspreiserhöhung vom 1. Januar 1965 mit einer jährlichen Mehrbelastung von 6,25 Mio. DM hinzuzurechnen sind.

Seit dem Geschäftsjahr 1953/54 stiegen die durchschnittlichen Stundenlöhne von 198,4 Pf auf 426,6 Pf, die Gehälter von 459,— auf 903,— DM.

Gleichzeitig verringerte sich die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bis Ende des Geschäftsjahres von 192,9 Std. auf 165,6 Std.

1,5 Milliarden DM seit der Währungsreform investiert

Dr. Butschkau beschäftigte sich sodann mit der Bilanz des letzten Geschäftsjahres: „Im Vergleich zum Vorjahr ist das Bilanzvolumen um rd. 45 Mio. DM auf rd. 1,21 Mrd. DM angewachsen. Hinsichtlich der Aktiva entfällt die Steigerung fast ausschließlich auf das Umlaufvermögen, während das Anlagevermögen sich nur unbedeutend erhöht hat.

Seit der Währungsreform sind bis heute für rd. 1,5 Mrd. DM neue Investitionen erfolgt; davon entfallen rd. $^2/_3$ auf den Stahl und $^1/_3$ auf die Kohle. Das Beteiligungsvermögen stieg um rd. 4,8 Mio. DM auf 32 Mio. DM an, was jedoch fast ausschließlich auf die Erhöhung des Stammkapitals bei der werkseigenen Wohnungsgesellschaft Dümpten mbH, Oberhausen, zurückzuführen ist. Das Stammkapital unserer Wohnungsgesellschaft wurde auf insgesamt 5 Mio. DM erhöht, um der Gesellschaft für das auf rd. 60 Mio. DM angewachsene Anlagevermögen eine bessere Eigenkapitalgrundlage zu geben.

Das Umlaufvermögen ist stark gestiegen, und zwar um etwa 39 Mio. DM, dabei die Vorratspositionen um rd. 30 Mio. DM und die Forderungen unter Einrechnung der flüssigen Mittel um etwa 9,3 Mio. DM.

Während die Zunahme der ‚Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe' sowie der ‚Halbfertigen Erzeugnisse' mit der Produktionssteigerung und dem Anlaufen der Lohnwalzungen bei der August Thyssen-Hütte AG zusammenhängen, erklärt sich die Erhöhung bei der Bilanzposition ‚Fertigerzeugnisse' im wesentlichen daraus, daß beim Bergbau die geförderten Mengen nicht restlos abgesetzt werden konnten und es daher erneut zu einer Aufhaldung von Kohle kam.

Die wenig veränderten Konzernforderungen betreffen vorwiegend Wohnungsbaudarlehen an unsere Wohnungsgesellschaft Dümpten.

Auf der Passivseite der Bilanz sind größere Unterschiede bei den Verbindlichkeiten zu verzeichnen.

Der geringe Anstieg der langfristigen Fremdmittel stellt einen Saldo dar, der sich aus Zugängen bei den Darlehen und Abgängen bei den Anleihen ergibt: Durch Aufnahme neuer Kredite erhöhten sich die Darlehen um rd. 19 Mio. DM, während demgegenüber die Anleihen durch Tilgung um 11,5 Mio. DM zurückgingen, so daß der Gesamtbetrag der langfristigen Verbindlichkeiten am Bilanzstichtag nur um rd. 7 Mio. DM höher als im Vorjahr war.

Bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten erhöhten sich die Warenschulden als Folge der mit der Umsatzausweitung verbundenen Aufstockung der Rohstoffbestände. In den wichtigen Relationen zwischen Eigen- und Fremdmitteln und in der Deckung der Position Anlagen durch langfristige Fremdmittel sind keine Veränderungen eingetreten.

Höhere Erträge – höhere Aufwendungen

Die Gewinn- und Verlust-Rechnung des Werkes wurde dadurch bestimmt, daß sich im Bergbau die Lage verschlechterte und sich beim Stahl seit Anfang 1964 zwar eine mengenmäßige Belebung zeigte, aber bei zunächst noch nachgebenden Erlösen.

In den letzten Monaten des Geschäftsjahres konnten die durch den Preisverfall erlittenen Erlöseinbußen ausgeglichen werden und führten dann zu einem nur etwas günstigeren Jahresergebnis, das aber in keinem Verhältnis zu den gestiegenen Umsätzen steht.

Der berichtigte Rohertrag stieg zwar um rd. 40 Mio. DM, jedoch führte die an sich erfreuliche Ertragsgestaltung keineswegs zu einer entsprechenden Aufbesserung des Jahresergebnisses. Den höheren Erträgen steht nämlich eine erhebliche Zunahme der Aufwendungen gegenüber:

Personalaufwendungen um 18 Mio. DM
Steuern um 16,9 Mio. DM
und
Zinsaufwendungen und sonstige
Aufwendungen um 10,2 Mio. DM

Der Anstieg der Steueraufwendungen um rd. 17 Mio. DM ist auf das etwas günstigere Jahresergebnis zurückzuführen.

Außerdem sind in dieser Position Beträge für frühere Jahre enthalten.

Die Erhöhung der ‚sonstigen Aufwendungen' beruht im wesentlichen auf einer Änderung in der Frachtenberechnung für Walzwerksprodukte im Inland, die zu einer Verlängerung auf beiden Seiten der Gewinn- und Verlustrechnung führte."

Und dann: „Bei dieser Sachlage ergab sich für Vorstand und Aufsichtsrat relativ schnell die Entscheidung, an die Aktionäre wiederum eine Dividende von 10% auszuschütten. Sie können versichert sein, wir haben kein stärker sichtbares Fett angesetzt."

Dr. Butschkau dankte sodann allen Arbeitern und Angestellten, den Betriebsräten und den Mitgliedern unseres Vorstandes für die ausgezeichnete und pflichttreue Arbeit während des letzten Geschäftsjahres.

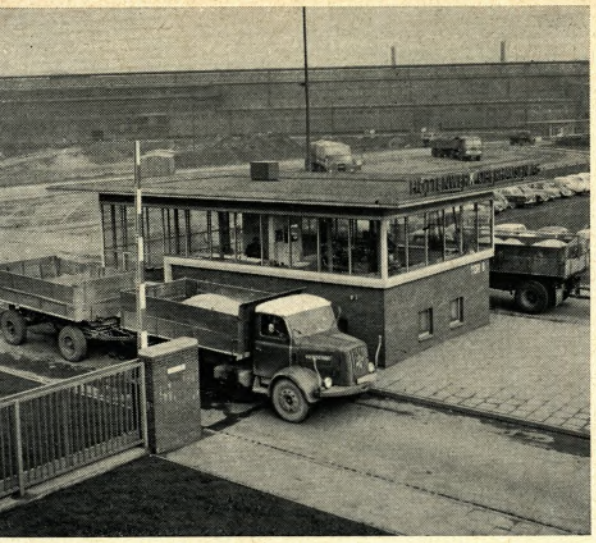
Abschließend wies er noch einmal eindringlich auf die Notwendigkeit „guten Willens" hin:

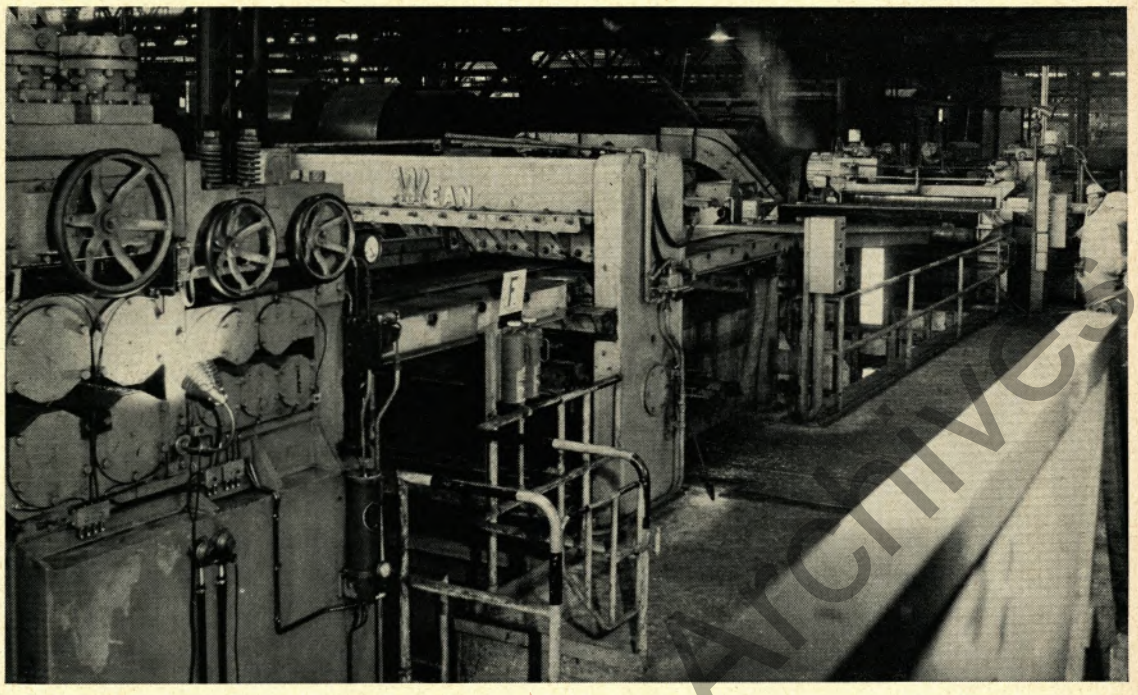
„Das erste Jahresgutachten des neueingesetzten Sachverständigenrats, dessen wissenschaftlichen Inhalt ich für gut halte, hatte zur Erreichung einer Geldwertstabilität eine Grenze für die nominelle Nachfrage gesetzt. Diese Grenze richtete sich nach dem Produktivitätsfortschritt unserer Wirtschaft und lag für



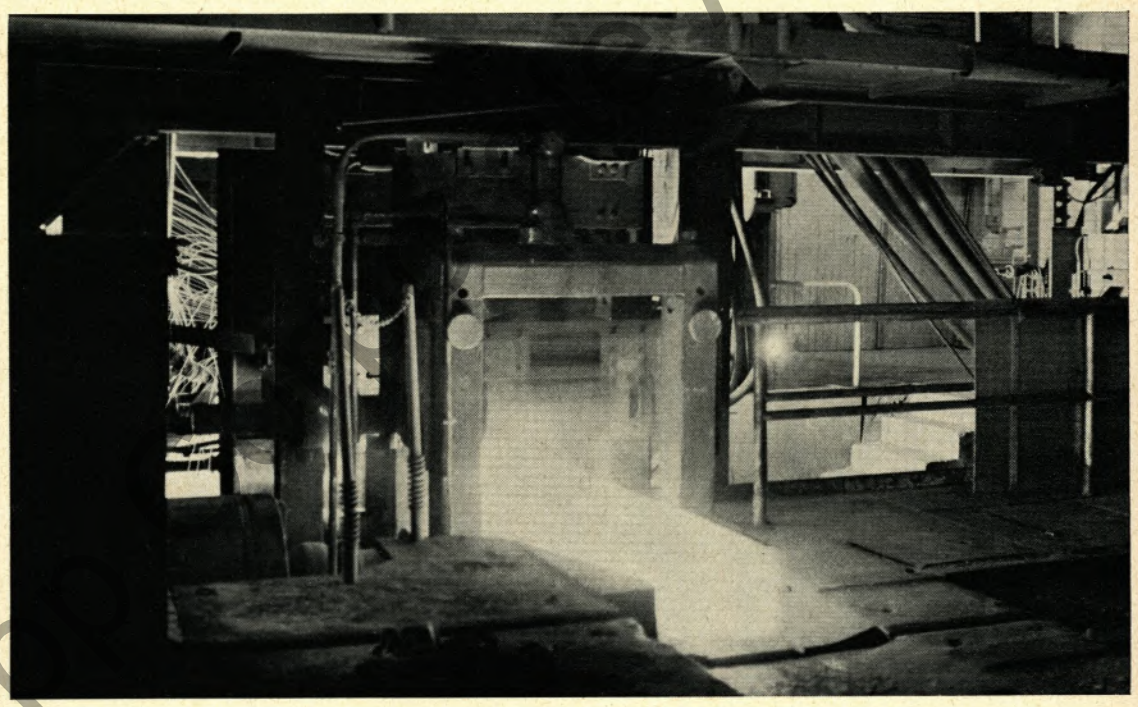
1965 bei einem Wachstum von etwa 4,5 bis 5%. Diese Grenze wurde von den Sachverständigen für alle Komponenten der Nachfrage empfohlen, mithin auch für die Löhne, wenn wir das Ziel der Klasse: ‚Ruhe in den Preisen' erreichen wollten. Das Novum bei den Stahlarbeiterverhandlungen war nun, daß eine Inflationsrate von 3% in die Lohnforderungen und die sie beendende Schlichtung eingebaut wurde. Sehe ich diesen Tatbestand, und nur ihn mache ich zum Gegenstand meiner heutigen Bemerkungen, kritisch an, so wurde hier die schleichende Geldentwertung gewissermaßen salonfähig gemacht und es werden dann bei denen, die noch immer an die Notwendigkeit guten Geldes glauben, Zweifel erweckt."

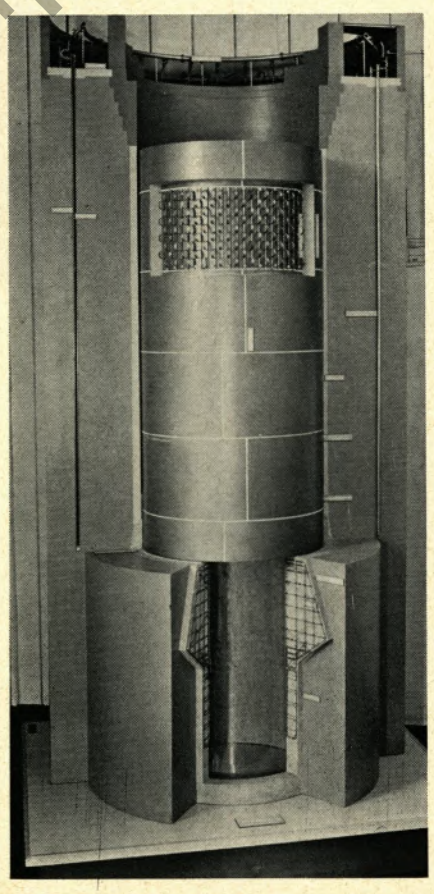
Corporate Archives
thyssenkrupp











■ Bild links oben: Tor 9 wurde an Stelle der bisherigen Tore 8 und 10 zum Zentraltor ausgebaut. Die beiden Doppelwaagen wiegen alle ein- und ausgehenden Lasten bis zu 60 Tonnen.

■ Bild links Mitte: Mit dem Bau der Entstaubungsanlage im Hüttendampfkraftwerk tut die HOAG einen weiteren wichtigen Schritt zur Reinhaltung der Luft. Der Kamin steht kurz vor seiner endgültigen Höhe von 115 Meter.

■ Bild oben: Im April des vergangenen Jahres wurde die Warmscherenlinie in Betrieb genommen; warmgewalztes Breitband wird zu Blechen verschiedener Abmessungen besäumt und geschnitten.

■ Bild darunter: Die gegen Ende des Geschäftsjahres hinter der Blockstraße in Betrieb genommene Heißflämmaschine verbessert nicht nur die Qualität des Halbzeugs, sondern auch den Fertigablauf.

■ Bild links: Der neue Wetterschacht im Norden der Zeche Franz Haniel gewährleistet mit seinem geschweißten GHH-Gefrierschachtausbau aus Feinkornstahl HOAG FK 50 hohe statische Sicherheit und völlige Wasserundurchlässigkeit. Mit einem Durchmesser von 7,20 m und einer Endteufe von 1000 m wird der Schacht 27 Millionen DM kosten. Er soll Mitte 1966 fertig sein.

thyssenkrupp Corporate Archives



thyssenkrupp Corporate Archives

Bilanz zum 30. September 1964

Aktiva/Vermögen

	DM
Anlagevermögen	824 304 241,—
Beteiligungen und beteiligungsähnliche Ansprüche	33 374 258,—
Umlaufvermögen	
Vorräte	130 169 425,—
Wertpapiere	9 175 000,—
Forderungen	188 678 918,—
Flüssige Mittel	19 084 551,—
Rechnungsabgrenzung	5 854 521,—
	1 210 640 914,—

Passiva/Schulden

	DM
Grundkapital	260 000 000,—
Rücklagen	146 000 000,—
Hermann-Kellermann-Stiftung	1 000 000,—
Sonderabschreibungen und Wertberichtigungen	173 723 909,—
Rückstellungen	183 317 500,—
Anleihen und langfristige Darlehen	276 922 755,—
Andere Verbindlichkeiten	143 128 870,—
Reingewinn	26 547 880,—
	1 210 640 914,—

Krupp Corporate Archives

AUTOMATION ALS AUFGABE ...

Ist die Automation lediglich eine Aufgabe für den Ingenieur und den Unternehmer oder hat sie auch umwälzende wirtschaftliche und soziale Folgen, die uns alle angehen? Bedeutet sie also eine zweite industrielle Revolution, die zu düsterem Pessimismus Anlaß gibt? Arbeitgeber und Gewerkschaften beschäftigen diese Fragen gleichermaßen. Doch wie auch immer die Antworten lauten mögen: Automation ist eine Aufgabe, die zwar Risiken bietet, aber noch weit mehr Chancen.

Auf dem internationalen Eisenhüttentag dieses Jahres, der in Amsterdam begann und in Düsseldorf fortgesetzt wurde, ging es um die Automatisierung in Hüttenwerken. Bei der Eröffnung in Amsterdam wurde gesagt, daß die Eisen- und Stahlindustrie gegenüber den Automobilwerken sowie der chemischen und elektrotechnischen Industrie weit zurückliege, jedoch seien die metallurgischen Prozesse derart kompliziert, daß zunächst eine zuverlässige Meß- und Regelapparatur entwickelt werden müsse, bevor man umfassend automatisieren könne.

In Düsseldorf sagte Prof. Dr.-Ing. Hermann Schenck von der Technischen Hochschule in Aachen, daß die Eisen- und Stahlindustrie ihre langfristigen wirtschaftlichen Interessen nur dann wahren könne, wenn sie auf den Schritt der Technik von morgen lauscht. Dann jedenfalls werde sich die Tür zu den erweiterten Märkten der Verbraucher von selber öffnen. Und weiter: „Für die Hüttenwerke scheint mir der kontinuierliche Durchlauf der Stoffe durch die gesamte Folge der Fabrikationsstufen vom Erzplatz bis zum Endprodukt des Walzwerkes das Zukunftsbild zu sein . . . es ist aber nicht möglich, diesen Gedanken überhaupt zu diskutieren, ohne zu erkennen, daß die pausenlose Überwachung jedes Einzelvorganges nicht mehr der menschlichen Aufmerksamkeit überlassen oder gar zugemutet werden kann."

Der Mensch wäre also damit zu sehr strapaziert und letztlich überfordert.

Wie weit ist nun die Aufgabe der Automatisierung in der Eisen- und Stahlindustrie erfüllt?

Auf dem Kongreß wurde über eine zentralisierte Datenerfassung bei Tieföfen und Brammenstraßen berichtet. Die weitgehend automatisierte Anlage sammelt Meßwerte über Blöcke und Betriebsbedingungen der SM-Öfen und LD-Konverter, übergibt sie einer zentralen Steuerstelle, die für das bestmögliche Programm zur Führung der Tieföfen sorgt. Grobblechstraßen werden durch Elektronenrechner gesteuert, die zudem verschiedene Kontrollen durchführen und den Arbeitsbereich vom Ausgang des Stoßofens bis hinter das Hauptwalzgerüst steuern. In einem anderen Hüttenwerk hatte der Versuch, einen Knüppeltransportkran zu automatisieren, vollen Erfolg. Sogar die kontinuierliche Messung der Zunderabtragung beim Beizen von Bändern und ihre Verwendung zur Steuerung dieses Vorgangs ist heutzutage möglich. Und wo bleibt der Mensch? Diese Frage soll zu keinem Schreckgespenst werden, darin sind sich Arbeitgeber und Gewerkschaften gleichermaßen einig. Diese Einstellung berechtigt zu der Hoffnung, daß der technische Fortschritt in unserem Lande nicht Anlaß zu neuem Maschinensturm sein wird, sondern ein wichtiges Mittel zur weiteren Wohlstandssteigerung.

RISIKO UND CHANCE



thyssenkrupp Corporate Archives





„Wir sind keine Maschinenstürmer", sagte auch der IG-Metall-Vorsitzende, Otto Brenner, am Schluß der 2. Internationalen Arbeitstagung über Fragen der Rationalisierung, Automatisierung und des technischen Fortschritts in Oberhausen. In der notwendigen Klärung aller Fakten, die der technische Fortschritt und insbesondere die Automation aufwirft, stimmen also Gewerkschaften und Unternehmer überein. Beide Seiten sehen in der richtigen Bildung, der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine hervorragende Aufgabe. Der Wille zur Zusammenarbeit ist auf beiden Seiten deutlich. Daß noch Meinungsverschiedenheiten zu klären und zu überwinden sind, ist nur natürlich.

Die IG Metall sieht die Vorteile des technischen Fortschritts in der Steigerung des Sozialprodukts, der Löhne und Gehälter sowie des Lebensstandards überhaupt. Dazu kommt noch die Entlastung von körperlicher Arbeit. Demgegenüber stehen die möglichen Nachteile wie der Verlust von Arbeitsplätzen, die Entwertung beruflicher Kenntnisse und Erfahrungen sowie psychisch-nervliche Belastungen einzelner Gruppen.

Eine wirksame Vorsorge sei nur auf der Grundlage einer koordinierten Aktion von Gewerkschaften und Arbeitgebern sowie von Staat und Wissenschaft möglich, hieß es in Oberhausen. Allerdings bedürfe es wegen der fortschreitenden Integration der europäischen Wirtschaft gemeinsamer, europäischer Maßnahmen.

Ein von Prof. Kogon geleitetes Forumsgespräch zwischen Otto Brenner, MdB Mischnik (FDP), MdB Prof. Burgbacher (CDU) und Senator Prof. Schiller (SPD) hatte bei allen Rededuellen ein Ergebnis: Automatisierung fordert schnelle Entschlüsse.

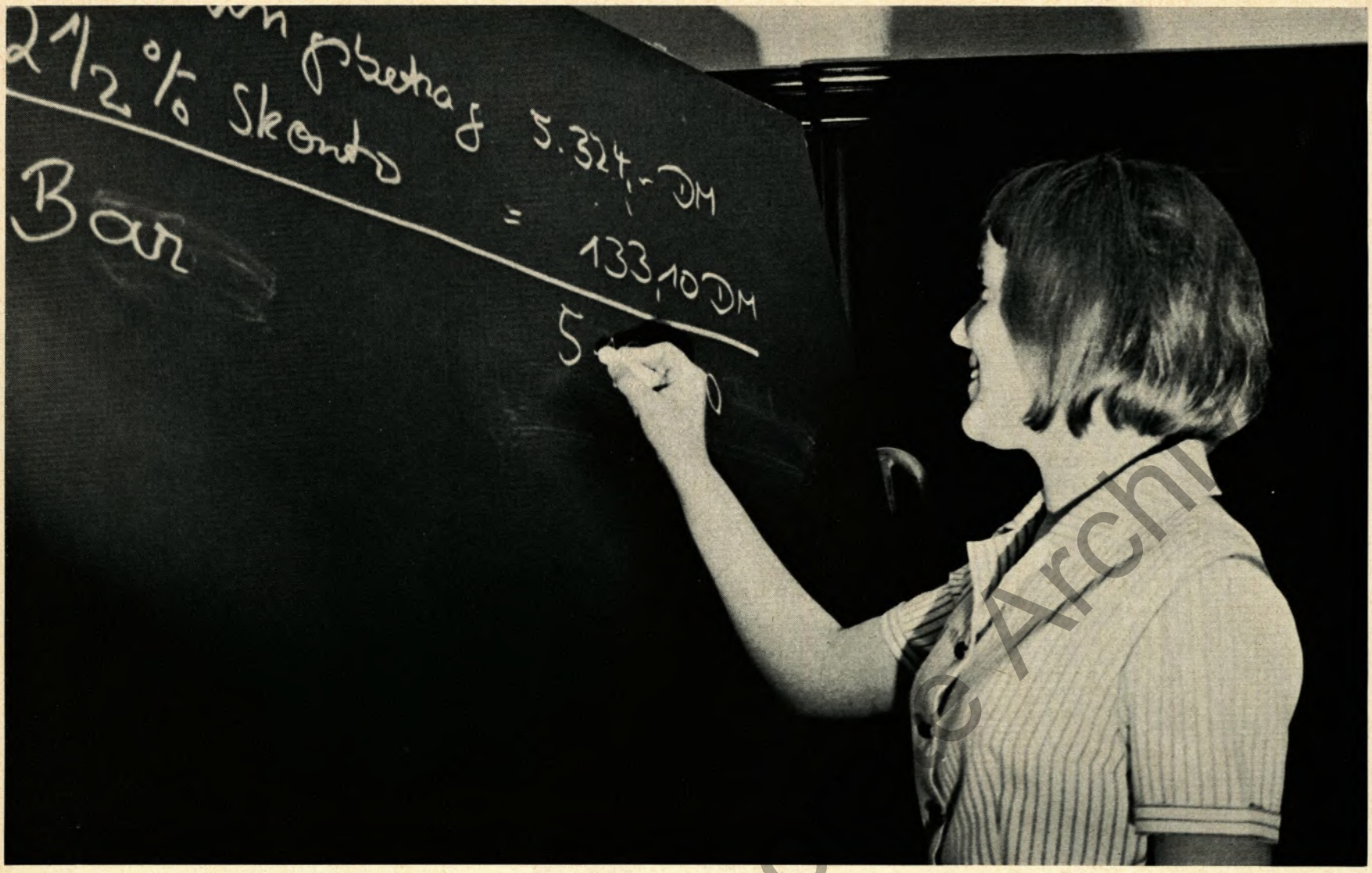
Im Grunde waren sich alle Teilnehmer klar, daß die Automatisierung auch eine sozialpolitische Aufgabe sei, die man tunlichst bald in den Griff bekommen müsse. Im einzelnen wiesen sowohl Prof. Schiller als auch der IG-Metall-Vorsitzende auf die Notwendigkeit eines 9. Schuljahres hin. Prof. Burgbacher zeigte auf die schon realisierten Bemühungen um den zweiten Bildungsweg hin und auch auf das Leistungsförderungsgesetz, das dem Bundestag vorliege. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, Mischnik, beklagte die Uneinheitlichkeit der Schulsysteme in den Ländern, denn wenn man das Bildungssystem im Hinblick auf die Automation auf eine neue Grundlage stellen wolle, so sei ein einheitliches Vorgehen unerläßlich.

Prof. Kogon beendete das Gespräch nicht zu Unrecht mit der Forderung, bei so viel Übereinstimmung sofort mit dem Notwendigen zu beginnen.

Es fehlt auf allen Seiten weder an klaren Erkenntnissen, noch an gutem Willen, so kann es auch eigentlich nur noch heißen: Automation als Aufgabe und Chance!

■ Die 2. Internationale Arbeitstagung der IG Metall in Oberhausen und der Automationskongreß der Arbeitnehmer in Düsseldorf fanden großes Interesse. Die erste industrielle Revolution mechanisierte die Fabrikationsprozesse. Die zweite wird sie automatisieren. In Düsseldorf und Oberhausen ging es um Aufgaben und Chancen der Automation, um die technischen Möglichkeiten und um die sozialen Wirkungen.

Corporate



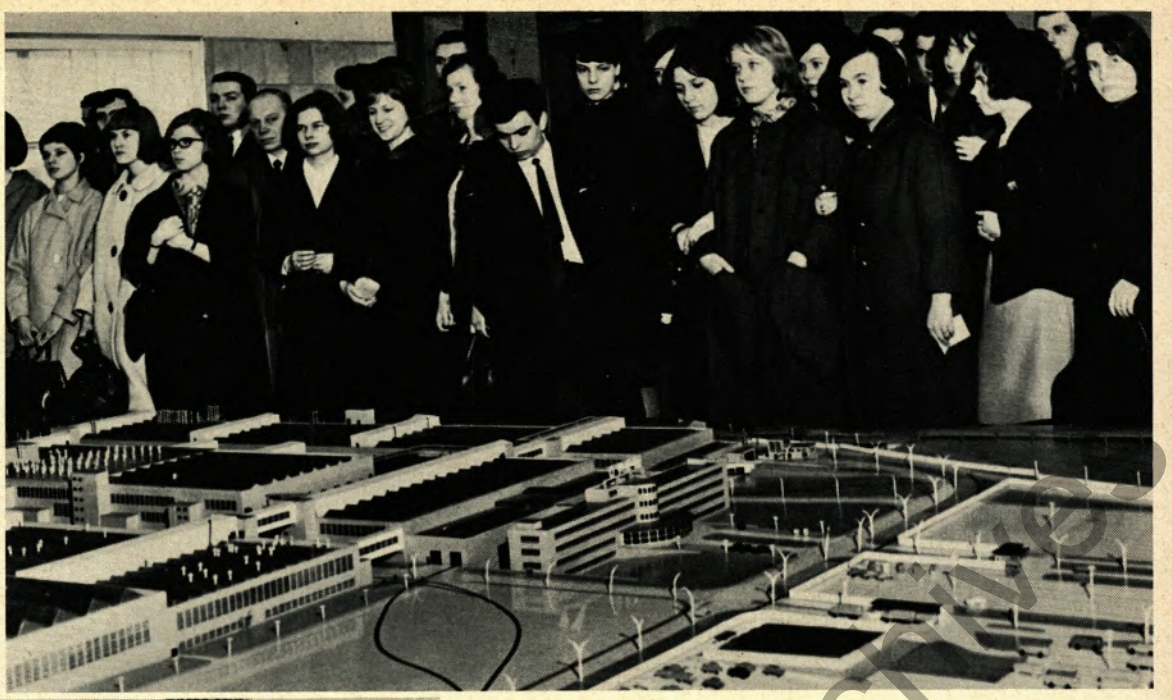
LEHR

Sie schwitzten während der Lehrabschlußprüfung und sie freuten sich, als alles vorüber war. Hinterher war alles nur noch halb so schlimm, denn die Hälfte hatte mit „gut" bestanden. Die Welt sah wieder rosig aus, denn mit dem Lehrabschlußzeugnis hatte auch ihre Zukunft begonnen.

JAHRE

thyssenkrupp Corporate Archive













Zu Beginn der Lehre erscheinen die zwei oder drei Jahre wie eine lange Zeit und danach wundert man sich, wie schnell sie vorübergehen. Hauptsache, die Zeit wurde gut genutzt, denn lernen kann man bei uns sehr viel. Und den Wert einer guten Berufsausbildung lernt man oft erst später schätzen, und zwar dann, wenn man schon mitten im Beruf steht und weiterkommen will.

Die gute alte Schulweisheit, daß wir nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen, gilt auch für die Lehrjahre. Ein guter Rat für alle, die sie gerade begonnen haben oder die noch mittendrin stecken. An uns wird es jedenfalls nicht liegen, tüchtige und gute Mitarbeiter heranzubilden; wir werden alles tun.

Das haben auch unsere achtzig jungen Mitarbeiter erfahren, die Ende März ihre Lehrabschlußfahrt machten. Die Reise ging zunächst nach Bochum zu den Opelwerken, wo nicht nur der Werdegang eines Automobils interessant war, und dabei natürlich die Stahlverwendung und -verarbeitung, sondern auch die Arbeit am Fließband.

Gegen Ende des Weges durch die riesigen Fabrikationshallen, wenn nämlich Wagen auf Wagen über den Prüfstand vom Band rollt, wird vollends klar, daß die Autoindustrie zu den Großen unter den Stahlverbrauchern zählt. Und mancher wird sich Gedanken darüber gemacht haben, daß auch ein großes Unternehmen durch Störungen im Organisationsablauf empfindlichen Schaden erleiden kann, bei der Materiallieferung angefangen. Insofern bot auch die Abschlußfahrt unserer Lehrlinge eine wirkliche Lehre.

Die Fahrt endete mit der Besichtigung der Dechenhöhle, und dann machten sich die Busse auf den Heimweg.

Zwei Tage später saßen unsere jungen Mitarbeiter schon nicht mehr als Lehrling an ihrem Arbeitsplatz, sie hatten es geschafft.

Am selben Tage begannen 110 gewerbliche und 55 kaufmännische Lehrlinge sowie 9 Büropraktikantinnen und 6 Anlernlinge für unsere Lochkartenabteilung bei uns ihre Ausbildung.
In einer Feierstunde zu Beginn des ersten Arbeitstages, zu der auch, einem guten Brauch gemäß, die Eltern erschienen waren, sagte der Leiter unserer Aus- und Fortbildung, Dipl.-Ing. Kaempf, daß die HOAG alle Mühe aufwenden werde, ihren Nachwuchs gut auszubilden und daß jeder diese Chance nutzen solle, sich gute berufliche Fähigkeiten zu erwerben.

„Bei Fleiß und gutem Willen", ergänzte Betriebsratsvorsitzender Johannes Stappert, „wird es nicht schwer sein, das gesteckte Ziel zu erreichen. Sie können bei uns überall auf Rat und Hilfe rechnen."

Daß wir nicht nur Rat und Hilfe versprechen, sondern sogar viel Mühe darauf verwenden, den Start ins Berufsleben und die damit verbundene Umstellung leicht zu machen, zeigt ein völlig neuer Weg, den wir aus diesem Grunde erstmalig mit unseren gewerblichen Lehrlingen beschritten haben. Dieser neue Weg, den wir gründlich überlegt, geplant und vorbereitet hatten und der uns haargenau ans Ziel brachte, führte zunächst in die Jugendherberge Bilstein im Sauerland. Dort, in schöner

■ Die Lehrabschlußfahrt zu den Opel-Werken in Bochum und ins Sauerland machten alle mit (oben links und rechts)

■ Bücher verteilte der Leiter unserer Aus- und Fortbildung, Dipl.-Ing. Kaempf, nur an diejenigen, die mit „gut" bestanden hatten (Bild Mitte).

■ Derweil die einen ihre Ausbildung hinter sich hatten, taten die anderen den ersten Schritt ins Berufsleben. Zur Feierstunde am ersten Tag brachten sie noch ihre Eltern mit (Bild links unten), aber bei der Einkleidung waren sie bereits allein (Bild rechts unten).

■ Das erste, was ihnen gezeigt wurde, war der Gebrauch der Arbeitsschutzmittel und das erste, was sie lernten, waren Arbeitssicherheitsbestimmungen. In der Arbeitsschutzausstellung gab es neben Schutzmitteln wie Brillen, Helme oder Sicherheitsschuhe auch richtiges und fehlerhaftes Werkzeug zu sehen (Bild Mitte unten).

Hauptsicherheitsingenieur G. Hoppe sagte den Berufsanfängern zum Schluß: „Bei uns einen Beruf zu ergreifen heißt auch, unfallsicheres Arbeiten zu lernen."

Thyssenkrupp Corporate Archive

LEHR JAHRE



Umgebung und in aller Ruhe, konnten sich unsere jüngsten Mitarbeiter vier Wochen auf die praktische Arbeit in den Lehrwerkstätten vorbereiten. Eine Übergangsschulung also, in der die ersten drei Monate des theoretischen Unterrichts vorweggenommen wurden, so daß in der Lehrwerkstatt sofort mit der praktischen Arbeit begonnen werden konnte. Der Unterrichtsplan umfaßte Rechnen, die Grundlagen des Fachzeichnens, Normschriftübungen und Fachkunde wie z. B. das Messen, Prüfen und Anreißen. Dazu natürlich Inhalt und Führung eines Berichtsheftes sowie die Anleitung, Hausaufgaben zu machen.

Unsere Ausbilder hatten vier Wochen Zeit, ihre Schützlinge kennenzulernen und diese ihre Ausbilder. Zeit und Gelegenheit also, sich aufeinander einzustellen und Vertrauen zu schaffen. Die Ausbilder kennen, wenn sie mit der praktischen Arbeit in der Lehrwerkstatt beginnen, bereits gewisse Neigungen und Fähigkeiten des einzelnen. Sie wissen aber auch, wo es gilt, in besonderer Weise zu helfen und zu leiten.

Dadurch, daß die Jungen bereits in Gruppen zusammengefaßt waren, lernten sie sich einzufügen und die notwendige Rücksicht zu üben.

Im übrigen war neben dem Unterricht noch genügend freie Zeit für allerhand gemeinsame Unterhaltung mit den Ausbildern, so daß die vier Wochen in Bilstein nicht lang wurden.

Auf den Wanderungen machten die Lehrlinge manche Entdeckung, die überraschendste jedoch machten die Ausbilder, als sie wieder in der Lehrwerkstatt standen: Die gar nicht so weiten Fußmärsche hatten die Beinmuskeln unserer Lehrlinge so trainiert, daß es ihnen heute viel leichter fällt, an ihrem Arbeitsplatz zu stehen, als den Berufsanfängern anderer Jahre, was wir durchaus ernst meinen. Das ist eine gute Beigabe für beide Teile zu dem Erfolg der vierwöchigen Übergangsschulung in der Jugendherberge Bilstein.

■ In der Jugendherberge Bilstein im Sauerland, in schöner Umgebung und ungestörter Ruhe, bereiteten sich unsere gewerblichen Lehrlinge 4 Wochen auf ihre praktische Ausbildung in der Lehrwerkstatt vor (Bild oben).
Wandern und Sport waren die liebsten Stunden, Appetit hatte man immer, und sogar das Lernen machte Spaß. Die Ausbilder gaben sich auch viel Mühe mit ihren Schützlingen. Nach des Tages Arbeit vertrieb man sich gemeinsam die Zeit. Morgens um 7.00 Uhr weckte der Herbergsvater mit einem Lied, und dann begann wieder der Ernst des Lebens: Fachrechnen, Fachkunde, Fachzeichnen (Bilder von links nach rechts).





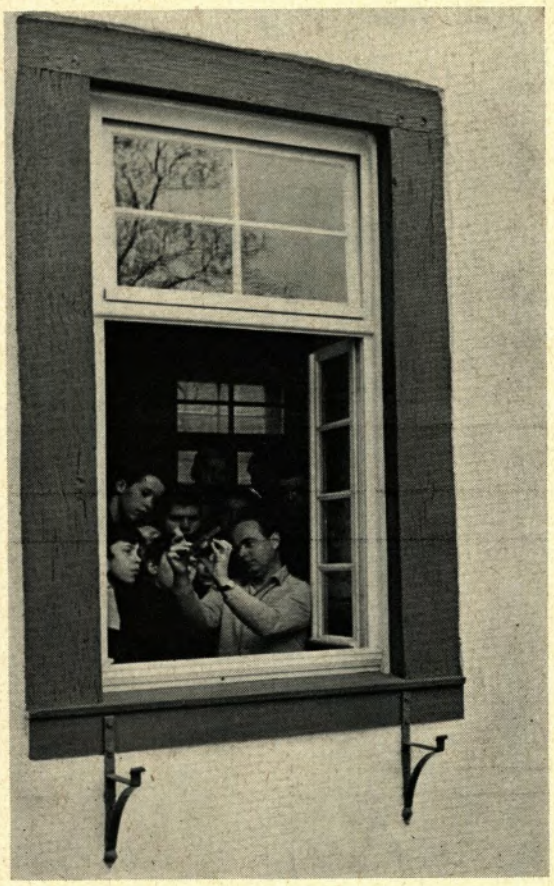
thyssenkrupp Corporate Archives

BERUFSBEGINN EINMAL ANDERS









Reihen-Röntgen Untersuchung

Röntgenplan
für weibliche und männliche
Belegschaftsmitglieder

Hauptverwaltung

Männlich:

Bestrahlungsraum HV (Kellergeschoß)
31. 5. von 9—11 und 15—17 Uhr
1. 6. von 8—11 und 15—16 Uhr

Weiblich:

31. 5. von 13—15 Uhr
1. 6. von 13—15 Uhr

Blechwalzwerke einschl. Nebenbetriebe, Wasserwerke, Hauptlagerhaus, Werksgärtnerei, Kraftwagenbetrieb, Werksgasthaus

Männlich:

Mannschaftsraum — Mittelblechwalzwerk
2. 6. von 6—10
von 13—15 und 21.30—23.00 Uhr
3. 6. von 6—10.30 und 13 —15 Uhr

Weiblich:

3. 6. von 10.30—11 Uhr

Zementwerk, Eisenbahnwerkstätte, Feinstraße einschl. Nebenbetriebe

Männlich:

Zementwerk — Mannschaftsraum
4. 6. von 6—11 und 14.30—16 Uhr

Weiblich:

4. 6. von 14—14.30 Uhr

Stahl- und Walzwerke einschl. Nebenbetriebe, Versuchsanstalt, Werkschule, Ausbildungswerkstatt, Dampfkraftwerk

Männlich:

Werkschule — Turnsaal
8. 6. von 8—11 und 13 —16 Uhr
9. 6. von 6—10
von 13—16 und 21.30—23.00 Uhr
10. 6. von 6—10
von 13—16 und 21.30—23.00 Uhr
11. 6. von 6—11 und 14—15 Uhr

Weiblich:

11. 6. von 13—14 Uhr

Hochöfen einschl. Nebenbetriebe, Wärme-Abteilung, Sozialbetriebe

Männlich:

Mannschaftsraum EO (Neubau)
14. 6. von 8—11
von 13—16 und 21.30—23.00 Uhr
15. 6. von 6—11 und 14—16 Uhr

Weiblich:

15. 6. von 13—14 Uhr

Abteilung Verkehr

Männlich:

Verw. Abt. Verkehr — Mannschaftsraum
16. 6. von 6—11
von 13—16 und 21.30—23.00 Uhr
18. 6. von 8—10.30
von 13—15 und 21.30—23.00 Uhr
21. 6. von 8—12 Uhr

Weiblich:

18. 6. von 10.30—11 Uhr

Hafen Walsum einschl. Erzbrech- und Siebanlage

Männlich:

Mannschaftsraum
21. 6. von 19—20 Uhr
22. 6. von 6—9 Uhr



Wozu denn Grünanlagen

Die Häuser waren gerade 14 Tage bewohnt, da liefen die neuen Mieter schon Sturm, doch „endlich" die Rasenflächen einzusäen. So geschah es auch, doch als sich das erste Grün zeigte, spielten die Kinder darauf Fußball. Die Erwachsenen sagten kein einziges Wort dazu. Kein Verbot, keine Schelte, rein gar nichts. Und die heiß ersehnte Rasenfläche sah aus wie ein Fußballplatz nach einem Oberligaspiel im November.

Es gibt auch noch andere Möglichkeiten, eine Grünfläche zu verunstalten als durch Fußballspielen. Man kann auch Sträucher herausreißen, Zweige abbrechen, oder, wenn man erwachsen ist, Kraftfahrzeuge auf dem Rasen parken.

Diese Beispiele sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern leider, leider, wahr.

Und damit kein Irrtum aufkommt: Diese Beobachtungen haben wir nicht auf den öffentlichen Anlagen gemacht, sondern auf den Grünflächen unserer Wohnsiedlungen.

Eigentlich sollte schon diese Schilderung genügen, um solche Übelstände abzustellen, aber mancher schweigt dazu, weil er sich nicht mit seinen Nachbarn erzürnen will. „Mich geht das nichts an", hört man so oft. Nun, es geht jeden an, denn im Endeffekt müssen es doch die Mieter über die Kostenmiete zahlen. Das Fußballspiel auf den Grünanlagen der Wohngebiete, die herausgerissenen Sträucher und Rasenparkplatz des lieben Herrn X. kosten ihr Geld. Da beim Geldbeutel im allgemeinen die Gemütlichkeit aufhört und jeder Betroffene nun weiß, daß er letzten Endes mit der Unvernunft anderer belastet wird, sollten für unsere Grünanlagen eigentlich bessere Tage kommen und damit mehr Freude für unsere Mieter. Dazu und nur dazu sind die Rasenflächen und die Anpflanzungen bestimmt. Es wäre gewiß leichter und einfacher gewesen, die Flächen vor und zwischen den Häusern einfach zu planieren, dann hätte man sich über den Verwendungszweck nicht zu streiten brauchen. In einer solchen Wildnis würde aber wohl niemand gerne wohnen.

Wir wissen genau, daß sich die Mahnung, unsere Grünanlagen zu schonen, nur an ein paar Unvernünftige und Gedankenlose richtet. Aufgefordert sind jedoch alle Mieter, auf solche Zerstörungen und Beschädigungen zu achten.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden allein rd. 150000 DM für die Pflege und Instandhaltung unserer Grünanlagen ausgegeben. Wohlgemerkt: Nicht für Neuanlagen, sondern zur Erhaltung bereits bestehender Grünflächen.

In dieser Summe sind auch die Kosten enthalten, die auf dem Rasen parkende Kraftwagen oder herausgerissene Sträucher und Büsche verursachen. Ebenfalls die wiederholte Beseitigung von Trampelpfaden, die immer wieder wie von einer Elefantenherde in Grünflächen gestampft werden, obschon genügend Wege vorhanden sind. Wir haben schweren Herzens darauf verzichtet, uns wie bei einer Safari mit Fotoapparat und Teleobjektiv zu bewaffnen und die keineswegs scheuen Zweibeiner auf diesen Trampelpfaden zu fotografieren; vom Dreijährigen bis zum Siebzigjährigen war alles zu sehen.

Grünanlagen machen das Wohnen schöner — darum Mieter: Schont in Eurem eigenen Interesse Rasen und Sträucher.

thyssenkrupp Corporate Archives

Betriebsrats Wahlen







In Oberhausen wurden vom 5. bis 9. April 25 Betriebsräte neu gewählt, 20 Arbeiter und 5 Angestellte. Auf der konstituierenden Sitzung wurde Johannes Stappert wiederum zum 1. Vorsitzenden gewählt. Der Angestelltenvertreter Bernhard Böhmer wurde 1. Stellvertreter, Hans Schönitz 2. Stellvertreter. 1. Schriftführer: Josef Jednoralski; 2. Schriftführer: Helmut Stumpe.

Betriebsausschuß: Johannes Stappert; Bernhard Böhmer; Hans Schönitz; Helmut Hahn; Heinz Robbers.

Erweiterter Betriebsausschuß: Johannes Stappert; Bernhard Böhmer; Hans Schönitz; Clemens Haas; Helmut Hahn; Herbert Mösle; Heinz Robbers; Heinz Schleußer; Josef Voßkühler.

Lohn- und Gehaltsausschuß: Udo Hartwig; Helmut Hahn; Johann Meier; Herbert Mösle; Paul Rademacher; Willi Robben; Heinz Robbers; Heinz Schleußer; Josef Voßkühler.

Personalausschuß: Bernhard Böhmer; Albert Kilz; Karl Koenen; Johann Meier; Willi Robben; Heinz Robbers; Heinz Schleußer.

Wohnungsausschuß: Josef Heinz; Karl-Heinz Meier; Karl Koenen; Paul Rademacher; Hans Schönitz; Josef Schwarz.

Sozialausschuß: Josef Schwarz; Wilhelm Dylewski; Josef Jednoralski; Albert Kilz; Paula Klomberg (nur für Angestellte); Peter Silbernagel; Helmut Stumpe.

Unfallausschuß: Albert Kilz; Wilhelm Dylewski; Josef Heinz; Andreas Nitka; Hans Schönitz; Josef Schwarz; Helmut Stumpe.

Bewertungsausschuß: Karl-Heinz Meier; Andreas Nitka; Helmut Stumpe.

Pensionsausschuß: Clemens Haas; Albert Kilz.

Presseausschuß: Bernhard Böhmer; Johann Meier.

Jugendausschuß: Karl-Heinz Meier; Clemens Haas; Helmut Hahn.

Am 21. April wählten im Werk Gelsenkirchen 1621 wahlberechtigte Arbeiter und Angestellte ihre Betriebsvertretung. Die konstituierende Sitzung des Betriebsrates am 29. April hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Alfred Rudolf; 2. Vorsitzender: Alfons Lilienthal. 1. Schriftführer: Albert Schreiber; 2. Schriftführer: Anton Lowitz.

Betriebs- und Personalausschuß: Alfred Rudolf; Josef Jassner; Anton Lowitz; Heinz Waschkowitz; Bernhard Kraska.

Lohnausschuß: Alfred Rudolf; Bernhard Kraska; Heinz Waschkowitz; Alfred Choynowski; Siegfried Siegmund; Willi Voß.

Gehaltsausschuß: Alfred Rudolf; Josef Jassner; Erich Hützen; Alfons Lilienthal.

Wohnungsausschuß: Bernhard Hülsmann; Erich Hützen; Heinz Waschkowitz; Anton Lowitz; Willi Voß; Siegfried Siegmund.

Sozialausschuß: Alfred Rudolf; Alfred Choynowski; Bernhard Lipinski; Georg Morawski; Bernhard Kusch; Willi Voß.

Unfallausschuß: Anton Lowitz; Erich Hützen; Siegfried Siegmund; Albert Schreiber; Bernhard Hülsmann; Bernhard Lipinski; Bernhard Kusch; Georg Morawski; Bernhard Kraska; Alfred Choynowski.

Bewertungsausschuß: Bernhard Lipinski; Alfons Lilienthal; Heinz Waschkowitz.

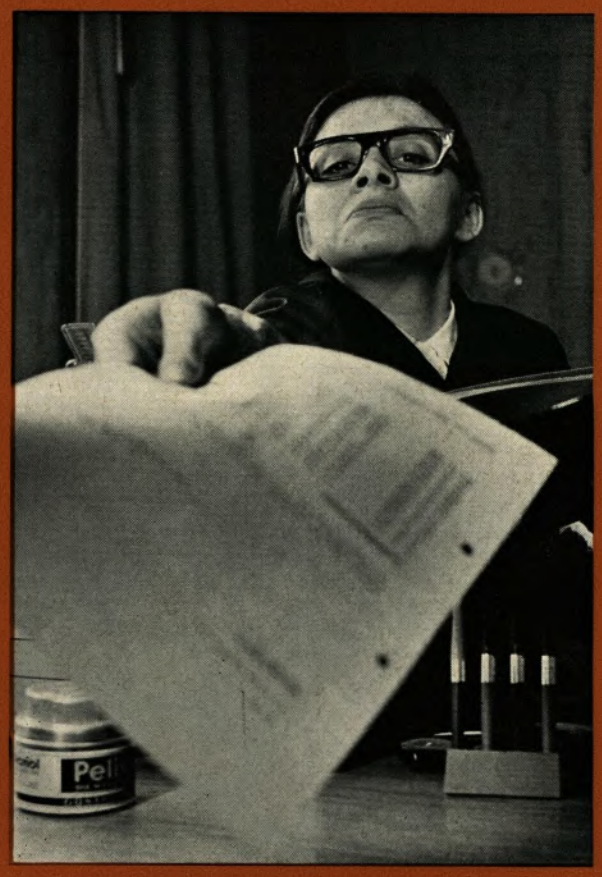
Presse- und Pensionsausschuß: Alfred Rudolf; Josef Jassner.

Jugendausschuß: Bernhard Kusch; Josef Jassner; Georg Morawski; Siegfried Siegmund.

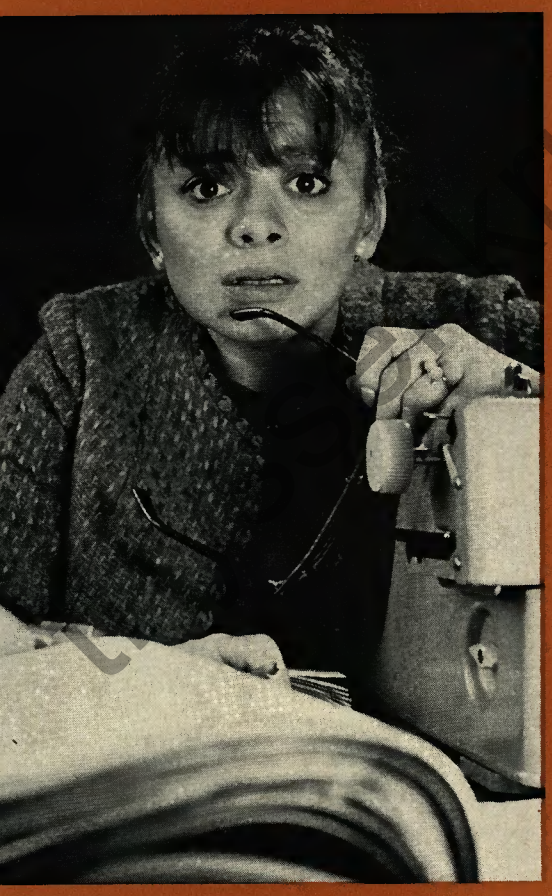
Thyssenkrupp Corporate Archives

alp traum eines chefs





„Sekretärin gesucht"
Die Anzeige stand in den
größten Zeitungen, 150 mm
hoch und 300 mm breit. Endlich
hatte man sie gefunden. Tüchtige Per-
son. Er war mit ihr zufrieden. Wochenlang,
monatelang. Ein paar Mucken hat schließlich
jeder. Und dann gab's den ersten Krach; lieber Him-
mel, hat die sich entpuppt. Ein richtiges Biest, diese
Müller. Noch zu Hause ärgerte er sich über sie und nachts
träumte er von ihr . . . wie die mich heute angesehen hat, wenn sie
könnte, würde sie mich vergiften . . . Der Chef wälzte sich unruhig
von einer Seite zur anderen . . . dabei habe ich gar keine Schuld . . .
und morgen geht das bestimmt mit Heulen weiter . . . nein,
die wird bestimmt frech oder stellt sich dümmer als sie
ist . . . vielleicht spielt sie auch die Beleidigte . . .
Und als der Chef am nächsten Morgen ins Büro
kam, war sie wieder die beste, tüchtigste
und freundlichste Sekretärin wie eh
und je . . . tüchtige Person, die-
ses Fräulein Müller . . .







Corporate Archives
Kupp Co

NICHT ALLES REGELT SICH VON SELBST



thyssenkrupp Corporate Archives

HILFE IN NOT

132025 DM zahlte unsere Sterbekasse im vergangenen Jahr an Hinterbliebene, oftmals nennenswerte Hilfe in einem Trauerfall.

Verständlich, daß mancher nicht gerne an so etwas denkt, aber ein gewisses Maß an materieller Vorsorge ist dennoch richtig.

27804 Mitglieder hatte die Sterbekasse am Jahresende, 403 traten während des Jahres aus und 582 wurden ausgeschlossen, meist, weil sie ihren gewiß geringen Beitrag nicht zahlen wollten. Ausgeschiedene Mitglieder können der Kasse übrigens nicht wieder beitreten, über Ausnahmen entscheidet der Vorstand. Allerdings kann man auch nach dem Ausscheiden aus der Arbeit Mitglied der Sterbekasse bleiben.

Und noch ein besonders wichtiger Hinweis: Die Einberufung zur Wehrpflicht ist kein Grund, aus der Sterbekasse auszutreten; die Beiträge können von den Familienangehörigen, den Eltern, Geschwistern oder sogar über Postscheck weitergezahlt werden, zumal sie die Wehrmacht erstattet.

Allen verheirateten Mitgliedern der Sterbekasse gilt der gute Rat, ihre Ehefrauen mitzuversichern. Wenn beide Eltern Mitglied sind, dann sind auch die Kinder mitversichert, soweit für sie Kindergeld nach den Richtlinien unseres Unternehmens gezahlt wird und solange sie nicht



Wir alle können von heute auf morgen erkranken. Gewiß wollen wir dann nicht, nur weil wir die verschiedenen gesetzlichen Vorschriften nicht kennen, auch noch finanzielle Einbußen erleiden.

Der Gesetzgeber hat eine Reihe von gesetzlichen Schutzbestimmungen sowohl für den Versicherten als auch für den Versicherungsträger, also die Krankenkassen, vorgesehen.

Diese Bestimmungen sind erforderlich, um einer unberechtigten Inanspruchnahme vorzubeugen und um die echt Kranken vor den Nutznießern zu schützen. Dieser Kreis der Nutznießer ist verschwindend klein. Es sind aber diejenigen, die die Krankenkasse laufend in Anspruch nehmen und die es geschickt verstehen, das Geld der Allgemeinheit in ihre Taschen fließen zu lassen. Was muß nun bei einer Krankheit beachtet werden?

Bei einer Erkrankung soll der Versicherte rechtzeitig einen Arzt aufsuchen. Es dürfen — von Notfällen abgesehen — nur Kassenärzte und Kassenzahnärzte in Anspruch genommen werden. Bei einem Notfall geht nur die erste Behandlung zu Lasten der Kasse. Ist in dringenden Fällen ein Kassenarzt ohne Schein in Anspruch genommen worden, so muß die Kassenzugehörigkeit dem Arzt sofort mitgeteilt und der Schein umgehend nachgereicht werden. Wird das versäumt, so wird der Arzt ihm eine Privatrechnung ausstellen.

Muß der Versicherte durch eine Krankheit mit der Arbeit aussetzen, so ist es erforderlich, daß er umgehend den Arzt aufsucht, denn für die Krankengeldzahlung ist nicht mehr der Beginn der Arbeitsunfähigkeit maßgebend, sondern der Tag, an dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird. Ein Versicherter, der am Freitagnachmittag erkrankt und erst am Montag der kommenden Woche zum Arzt geht, erhält das Krankengeld erst vom Tage nach der Feststellung an, also ab Dienstag, obwohl das bereits der 5. Tag der Arbeitsunfähigkeit ist.

Mit der Bescheinigung, in der der Arzt die Arbeitsunfähigkeit festlegt, erwächst für den Versicherten eine neue Verpflichtung, und zwar hat er die Arbeitsunfähigkeit umgehend der Krankenkasse zu melden. Versäumt er dies, so ruht der Anspruch auf Krankengeld, solange die Arbeitsunfähigkeit der Kasse nicht gemeldet wird. Die Frist zur Meldung ist nicht in allen Bundesländern gleich, sie beträgt in der Regel 3 Tage, in einigen Ländern jedoch eine Woche.

Die Nichtbeachtung der Krankenordnung kann finanzielle Einbußen nach sich ziehen, da Verstöße gegen die Krankenordnung einer Kasse in jedem einzelnen Fall mit Strafe bis zum dreifachen Betrag des täglichen Krankengeldes belegt werden können. Sollte ein Kranker während der Arbeitsunfähigkeit bei einem fremden Unternehmer gegen Entgelt arbeiten, so ist das ein Betrugsfall, der neben der Einziehung des Krankengeldes empfindliche Ordnungsstrafen und gegebenenfalls eine Anzeige wegen Betrugs bei der Staatsanwaltschaft zur Folge hat. Erhält der Versicherte während der Arbeitsunfähigkeit eine Aufforderung der Kasse, sich dem Vertrauensarzt zur Nachuntersuchung vorzustellen und leistet er dieser Aufforderung keine Folge, so kann ihm die Kasse das Krankengeld versagen. Allerdings muß der Versicherte infolge seines Zustandes in der Lage gewesen sein, der Aufforderung Folge zu leisten oder durch eine ärztliche Bescheinigung rechtzeitig eine Entschuldigung einzureichen.

Verunglückt ein Versicherter aus dem Ruhrgebiet beim Skilaufen in Oberbayern, so daß er stationäre Krankenhausbehandlung in Anspruch nehmen muß, so mag der Versicherte den Wunsch haben, in ein Heimatkrankenhaus transportiert zu werden. Derartige erhebliche Mehrkosten gehen jedoch zu seinen Lasten, da die Krankenkasse nur die Kosten zu dem nächsten Krankenhaus übernimmt.

Die Krankenkassen sind nur verpflichtet, die Krankenhauskosten in der niedrigsten Verpflegungsklasse zu übernehmen. Geht der Versicherte von sich aus in eine höhere Verpflegungsklasse — also in die 1. oder 2. Klasse —, so entsteht für die Krankenkasse überhaupt keine Leistungspflicht. Sie wird aber in der Regel dem Versicherten die Kosten der 3. Verpflegungsklasse erstatten. Neben dem höheren Preis für die bessere Klasse sind aber auch die ärztlichen Leistungen durch den Versicherten zu bezahlen.

Bei Erkrankungen während des Urlaubs innerhalb der Bundesrepublik Deutschland besteht der Anspruch so, als ob der Versicherte zu Hause erkrankt wäre.

Reist der Versicherte hingegen ins Ausland, so kann ein derartiger Auslandsaufenthalt recht teuer werden, da sich der Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung grundsätzlich nur auf das Inland erstreckt. Es bestehen jedoch heute schon mit einer Reihe von Staaten zwischenstaatliche Regelungen, die den Versicherungsschutz sicherstellen. In Frage kommen hier vor allem die Staaten der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Luxemburg), außerdem Österreich, Spanien, Griechenland, Großbritannien und Nordirland. Schwierigkeiten treten in Frankreich auf, da Frankreich das Abkommen nur auf Wanderarbeiter, nicht aber auf Touristen anwenden will. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß die Ärzte in den Niederlanden und in Österreich es teilweise aus Honorargründen ablehnen, die bestehenden Abkommen anzuerkennen. Sie stellen dann Rechnungen nach privatärztlichen Sätzen aus, die von den deutschen Krankenkassen nicht in vollem Umfange ersetzt werden können.

Der Erkrankte, der dann von seinem behandelnden Arzt als Privatpatient angesehen wird, muß darauf achten, daß die quittierte Arztrechnung alle Verrichtungen aufweist, die der Arzt vorgenommen hat. Bei den Arzneiverordnungen muß der Apotheker auf den Verordnungsblättern den Preis für jedes einzelne Medikament vermerken. Versicherte, die ihren Urlaub in einem der obengenannten Länder verbringen wollen, müssen sich vor Antritt der Reise mit ihrer Krankenkasse in Verbindung setzen und sich entsprechende Bescheinigungen ausstellen lassen.

Die Krankenkassen gewähren auch Zuschüsse zum Zahnersatz. Ebenfalls zu größeren Heil- und Hilfsmitteln. Hier ist darauf zu achten, daß der Antrag auf einen Zuschuß rechtzeitig bei der Kasse gestellt wird. Gibt eine Krankenkasse Zuschüsse zu selbst durchgeführten Badekuren, so ist es ebenfalls erforderlich, daß der Versicherte sich vor Kurantritt mit den entsprechenden ärztlichen Notwendigkeitsbescheinigungen bei der Kasse meldet. Wird der Antrag erst nach Beendigung der Kur gestellt, so lehnen die Kassen in der Regel eine Zuschußgewährung ab.

Die Mitgliedschaft des Versicherten schließt den Anspruch auf Familienbeihilfe für die Angehörigen ohne besondere Beitragszahlung ein. Neben unterhaltsberechtigten Ehegatten und Kindern hat der Versicherte auch Anspruch auf die Leistungen der Familienhilfe für Stief-, Pflege- und Enkelkinder, soweit die letzteren überwiegend von dem Versicherten unterhalten werden. Daneben kann die Satzung einer Krankenkasse den Kreis der Anspruchsberechtigten auf sonstige Angehörige (etwa Eltern, Schwiegereltern, Geschwister usw.) erweitern, soweit diese Angehörigen mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben und von ihm überwiegend unterhalten werden.

Für die Kinder ist eine Altersgrenze in der Satzung vorgesehen, sie schwankt zwischen dem vollendeten 16. und 18. Lebensjahr und erhöht sich bei Schulbesuch in der Regel bis zum 21. Lebensjahr. Auch hier ist wichtig, daß der Versicherte sich rechtzeitig über den Termin informiert, damit das Kind gegebenenfalls frühzeitig bei einer Privatversicherung versichert werden kann.

Scheidet ein Mitglied aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung aus, so hat es die Möglichkeit, sich innerhalb einer Frist von 3 Wochen nach dem Ausscheiden bei der Kasse freiwillig weiterzuversichern, sofern eine Vorversicherungszeit von 26 Wochen innerhalb der letzten 12 Monate oder eine solche von 6 Wochen unmittelbar vor dem Ausscheiden nachgewiesen wird. Auch hier ist die Einhaltung der Drei-Wochen-Frist von außerordentlicher Bedeutung, da ein Versicherter die in jahrelanger Mitgliedschaft erworbenen Rechte mit einem Schlag verlieren kann. Die Möglichkeit der Weiterversicherung innerhalb der genannten Frist besteht auch beim Tode des Mitgliedes für den Ehegatten oder nach einer Ehescheidung für den geschiedenen Ehegatten.

Es ist dringend zu empfehlen, daß die Meldung über die freiwillige Weiterversicherung bereits unmittelbar nach dem Ausscheiden erfolgt, denn auch bei einer Meldung in der 3. Woche hat der Versicherte die Beiträge für die Zeit ab Austrittstermin zu zahlen. Zumindest aber sollte die Meldung innerhalb der 1. Woche erfolgen, da bei Erkrankungen, die in der 2. oder 3. Woche auftreten, ein Anspruch auf Kassenleistungen nur besteht, wenn die Anzeige über die freiwillige Weiterversicherung in der 1. Woche erfolgte.

Die freiwillige Mitgliedschaft kann dann verlorengehen, wenn der Versicherte es versäumt, rechtzeitig seine Beiträge zu entrichten. In der Regel erlischt die Mitgliedschaft dann, wenn zweimal nacheinander am Zahltage die Beiträge nicht gezahlt wurden und seit dem ersten dieser Tage mindestens 4 Wochen vergangen sind.

Der Anspruch auf Kassenleistungen verjährt in zwei Jahren nach dem Tage der Entstehung.

Die jeweils gültige Satzung der Krankenkasse liegt in den Kassenräumen der betreffenden Krankenkasse aus und kann während der Dienststunden eingesehen werden.

Mit diesen Ausführungen wurden die wichtigsten Fristen angesprochen und Hinweise gegeben, die in der Krankenversicherung zu beachten sind. Will der Versicherte nicht unliebsame Überraschungen erleben, ist die Beachtung der vorgenannten Ausführungen von größter Wichtigkeit, denn die Ansicht vieler Krankenkassenmitglieder, daß sich schon alles automatisch regelt, ist auch im Zeitalter der Automation ein Trugschluß, der ganz fühlbare finanzielle Einbußen zur Folge haben kann.

Vowinkel



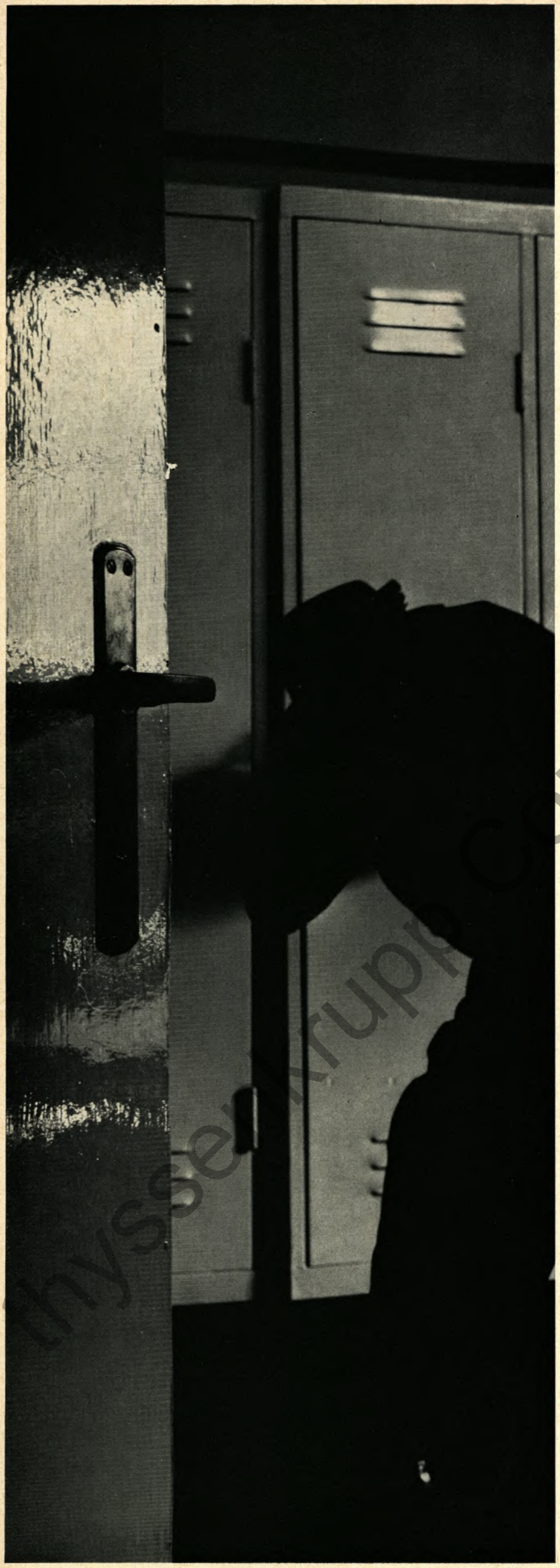
das 18. Lebensjahr vollendet haben. Auf der diesjährigen Vertreterversammlung wurde zudem einstimmig beschlossen, die Wartezeit von 6 Monaten bei tödlichen Unfällen fortfallen zu lassen, in Ausnahmefällen kann der Vorstand anders entscheiden.

Die Satzungsänderungen müssen von der Bundesaufsichtsbehörde genehmigt werden.

Ebenfalls Einstimmigkeit herrschte darüber, den gesamten Vorstand wiederzuwählen, und zwar (Bild von links nach rechts):

1. Vorsitzender: Bernhard Böhmer
2. Vorsitzender: Clemens Haas
Kassierer: Rudolf Marquardt
Schriftführer: Jürgen-Dieter Schwarz

senkrecht.com Archive



SPINDKLAU AM WERK

Ein billiges Spindschloß für 30 oder 50 Pfennig zu kaufen, ist Sparsamkeit am falschen Platz.

Ein billiges Schloß ist auch eine Aufforderung für Langfinger, ganz schnell eine Brieftasche oder eine Uhr aus einem fremden Spind zu holen. Ein Schloß für 30 oder 50 Pfennig ist mehr Symbolik als eine handfeste Sicherung gegen Spindknacker. Und die gibt es immer wieder, wenn sie auch meistens geschnappt werden.

Den letzten Dieb griff der Werkschutz im Februar. 35 Spinde hatte er an einem Tag mit Beißzange und Schraubenzieher geöffnet, und bei den billigen Schlössern hatte er sich noch nicht einmal Schwielen an den Händen geholt, als er die Bügel durchkniff.

Die besseren und solideren Schlösser blieben verschont. Nicht einmal ein Spindknacker will heutzutage schwer arbeiten, nur schnell muß es gehen. Und es geht schnell mit leichten, billigen Schlössern.

Der Diebstahl an Arbeitskollegen ist eine besonders verwerfliche Lumperei.

Schließlich muß jeder für seine Pfennige hart arbeiten. Um so weniger ist es zu verstehen, daß mancher seine sauer verdienten Wertgegenstände oder sein Geld nicht besser schützt und es den Langfingern leicht macht. Gewiß, oft geht es lange Zeit gut, dann kommt aber plötzlich so ein Strolch, der es auf fremde Uhren und Brieftaschen abgesehen hat, und dann nutzt nur ein gutes Schloß. Es



kostet noch nicht einmal einen Stundenlohn, bewahrt aber vor Schaden.

Der Umsichtigkeit der beiden am Tor diensttuenden Werkschutzmänner ist es zu verdanken, daß der Spindknacker — übrigens ein Unternehmerarbeiter — geschnappt wurde. Sie verdienten sich damit die Anerkennung des Vorstandes und der Belegschaft.

■ So sieht ein gutes, solides Schloß aus, bei dem Spindknacker wenig Chancen haben. (Bild oben)

Krupp Corporate Archives

Der Bundesgerichtshof erklärt in einem Urteil vom 9. Februar 1965 (VI ZR 253/63), ein Motorradfahrer, der keinen Schutzhelm trage, lasse sein eigenes wohl verständliches Interesse schuldhaft außer acht.

Nach dem Urteil hatte ein Motorradfahrer auf einer Motorradfahrt keinen Schutzhelm getragen. Er hatte im Jahre 1961 einen Verkehrsunfall. Hierbei wurde er nicht unerheblich am Kopf verletzt. Obwohl seine Fahrweise nicht zu beanstanden war, hatte der Bundesgerichtshof seine Schadenersatzansprüche gekürzt, weil der Motorradfahrer aus Bequemlichkeit oder Nachlässigkeit keinen Schutzhelm aufgesetzt hatte; dadurch haben sich seine Verletzungen am Kopf erheblich stärker ausgewirkt, als wenn er einen Schutzhelm aufgehabt hätte.

Wörtlich heißt es in dem Urteil dazu: „Zur Unfallzeit war allgemein bekannt, daß einem Schutzhelm für Motorradfahrer große Bedeutung zur Abwehr und Minderung von Unfallverletzungen zukommt. Ferner hat der Bundesminister für Verkehr, noch zuletzt im Jahre 1958, auf die Schadensminderung der Schutzhelme hingewiesen und den Motorradfahrern empfohlen, für ihre Fahrten Schutzhelme zu benutzen. Diesen Empfehlungen steht der Umstand nicht entgegen, daß heute wie damals immer noch eine große Zahl von Motorradfahrern aus Bequemlichkeit oder Nachlässigkeit auf den Schutzhelm verzichtet. Es kommt aber nicht auf die Üblichkeit, sondern allein auf die Erforderlichkeit in einer Verkehrssituation wie heute an.

Trage ein Motorradfahrer auf seiner Fahrt keinen Schutzhelm, so müßten ihm die Gerichte, wenn er Schadenersatzansprüche aus Unfallverletzungen einklage, immer wieder entgegenhalten, er habe den Unfall dadurch mitverursacht und mitverschuldet, daß er eine Vorsichtsmaßnahme außer acht gelassen habe, die ein ordentlicher und anständiger Motorradfahrer beachte, um eigenen Schaden bei Verkehrsunfällen zu vermeiden.

Dieses Urteil sollte sich jeder motorisierte Zweiradfahrer zu Herzen nehmen.

STURZ HELM TRAGEN



VEBA AKTIEN

Zum dritten Male wird ein bedeutendes Unternehmen aus dem Bundesvermögen privatisiert. Nach der Preußag und dem Volkswagenwerk ist diesmal die VEBA an der Reihe — die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft. Die neugeschaffenen VEBA-Volksaktien werden mit Vorrang an die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen abgegeben.

Aktien gehören zu den bevorzugten Mitteln der Vermögensbildung. Denn Aktien verbriefen Miteigentum. Im vorliegenden Falle heißt das: Durch den Kauf von VEBA-Aktien werden Sie — wirtschaftlich gesehen — Miteigentümer der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft mit ihren Beteiligungs- und Tochtergesellschaften.

Gemeinsam mit den anderen Aktionären sind Sie am Produktionsvermögen dieser Firmen beteiligt — an ihren Grundstücken und Gebäuden, an den Werkseinrichtungen, Maschinen und Werkzeugen, an ihren Warenbeständen, Forderungen und Guthaben. Die Höhe Ihres Anteils richtet sich nach der Anzahl Ihrer Aktien.

Ebenso sind Sie am Gewinn der VEBA beteiligt. Gewinne können Ihnen als Vermögenszuwachs durch Reservenbildung in den VEBA-Gesellschaften, womit der innere Wert Ihrer Aktien steigt, oder als ausgeschüttete Dividenden zugute kommen.

Sie haben ein Stimmrecht in der Hauptversammlung, die über wesentliche Fragen entscheidet.

Als vor vier Jahren das Volkswagenwerk privatisiert wurde und VW-Aktien zum Verkauf gelangten, wußte jeder, was er mit diesen Papieren erwarb; bei der VEBA (Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft) ist es anders: Keine Ware trägt ihr Zeichen, keine Fabrik ihr Firmenschild.

Trotzdem zählt die VEBA zu den führenden deutschen Großunternehmungen. Sie nimmt in unserer Wirtschaft einen hervorragenden Rang ein.

Die VEBA ist eine Dachgesellschaft (Holding). Ihr Arbeitsbereich ist nicht die Herstellung und Verteilung von Gütern, sondern die Verwaltung von Kapitalbeteiligungen an anderen Gesellschaften. Diese „anderen Gesellschaften" sind:

1. **Die Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne, deren Kapital von 350 Millionen DM zu 100% bei der VEBA liegt.**
2. **Die Preußische Elektrizitäts-AG, Hannover (Preußenelektra), an deren Aktienkapital von 300 Millionen DM die VEBA zu 83,6% beteiligt ist.**
3. **Die Preußag AG, von deren 200-Millionen-DM-Kapital die VEBA nach der früher bereits erfolgten Teilprivatisierung noch einen Restanteil von rund 17% in Händen hält.**

Ferner übernimmt die VEBA die Mehrheit oder das gesamte Kapital der Hugo Stinnes Aktiengesellschaft. Dieses Unternehmen wurde 1957 mit wesentlicher Hilfe des Bundes aus den USA repatriiert.

Es hat nichts mit den vor einiger Zeit in Bedrängnis geratenen Stinnes-Firmen zu tun, sondern ist völlig unabhängig davon und kann auf eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung zurückblicken. Sein Grundkapital beträgt rund 100 Millionen DM.

Wer kann VEBA-Aktien kaufen?

Natürliche Personen,
die bei Abgabe des Kaufantrages das 18. Lebensjahr vollendet haben, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder ihren Wohnsitz bzw. Aufenthaltsort im Bundesgebiet einschl. West-Berlin haben,
deren zu versteuerndes Jahreseinkommen (also nicht Bruttoeinkommen) 1964 bei Ledigen 14000 DM und bei Verheirateten 28000 DM nicht übersteigt.

Personen, die kein eigenes Einkommen haben aber 18 Jahre alt sind, können ebenfalls VEBA-Aktien erwerben.

Bei Eheleuten kann jeder einen eigenen Antrag auf Zuteilung von 5 VEBA-Aktien stellen.

Alle Berechtigten werden ihrem Einkommen entsprechend in drei Gruppen eingeteilt, und zwar:

Gruppe I
Ledige bis . . . . . 8000 DM
Verheiratete bis . . . . . 16000 DM

Gruppe II
Ledige bis . . . . . 11000 DM
Verheiratete bis . . . . . 22000 DM

Gruppe III
Ledige bis . . . . . 14000 DM
Verheiratete bis . . . . . 28000 DM

Die Kaufanträge der niedrigeren Einkommensgruppen sollen zuerst berücksichtigt werden.

Die Zeichnungsfrist für VEBA-Aktien läuft vom 24. Mai bis 15. Juni 1965; die Ausgabe erfolgt wahrscheinlich Ende Juni.

Der Preis der Aktie beträgt 210 DM, jedoch sollen nicht mehr als 5 Aktien an berechtigte Personen ausgeteilt werden. Übrigens: Aktien können auch prämienbegünstigt angelegt werden.

Krupp Corporate Archives

WECHSEL IM VORSTAND

Arbeitsdirektor Walter Wille trat Ende März mit 60 Jahren aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand. Vorstandsmitglied wurde er, als 1951 das Mitbestimmungsgesetz in Kraft trat.

Sein Geburtshaus stand in Annen in Westfalen und dort besuchte er auch die Schule. Das Bergmannshandwerk lernte er von der Pike auf, unterbrach dann nach einigen Jahren diese Arbeit, um sich, wenn auch unter schwierigen Bedingungen, fortzubilden. Die Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin sowie die kaufmännische Privatschule in Dortmund waren zwei Stationen dieses Weges.

Mit der gleichen Zielstrebigkeit öffnete er sich die Türen zur bergmännischen Laufbahn, besuchte die Bergschule sowie den Betriebsführerlehrgang der Oberklasse und wurde dann Fahrsteiger.

Sein besonderes Augenmerk galt schon früh der beruflichen Aus- und Fortbildung der jungen Bergleute. Hier sah er für Mensch und Unternehmen eine große Aufgabe. Nicht weniger lag ihm die materielle Versorgung und Sicherstellung der Belegschaft am Herzen.

Daneben fand er immer wieder Zeit, sich in den Dienst der Öffentlichkeit zu stellen, um anderen mit Rat und Hilfe beizustehen.

Insbesondere seine Tätigkeit als Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Bewährungshilfe im Landgerichtsbezirk Duisburg hat ihm viel Dankbarkeit eingetragen.

Sein Interesse an Geschichte, Kunst, Kultur und Sozialpolitik füllt auch heute noch einen Teil seiner Zeit aus.





Seit dem 1. April ist Werner Lipa neuer Arbeitsdirektor beim HOAG-Bergbau. Am 18. Oktober 1911 als Sohn eines Bergmannes in Katernberg geboren und mit den Lebensbedingungen an der Ruhr bestens vertraut, machte er 1932 sein Abitur und danach seine Gehilfenprüfung als Buchbinder, um in Köln zu studieren und Gewerbeoberlehrer zu werden. Politisches Unrecht versagte ihm nicht nur diesen Wunsch, sondern machte ihn sogar von 1934 bis 1936 erwerbslos, bis er in Frankreich wieder Arbeit und eine Aufgabe fand.

1939 machte Werner Lipa bei der Staatlichen Ingenieurschule in Essen sein Examen als Chemotechniker und ging anschließend zu Stinnes, um die Berufsausbildung der Laboranten zu übernehmen. Daneben übersetzte er französische Patentschriften ins Deutsche.

Im letzten Kriegsjahr wurde er noch Soldat und geriet in französische Kriegsgefangenschaft. 1946 entlassen, ging er wieder zu Stinnes und begann im selben Jahr auch seine kommunalpolitische Tätigkeit, die ihn seitdem nicht mehr losgelassen hat. Von 1950 bis 1952 war er Bürgermeister in Essen und von 1956 bis 1961 1. Vorsitzender des Stadtverbandes für Leibesübungen und des städtischen Sportausschusses. Diese Tätigkeit und auch seine Aufgabe als Vorsitzender des Kunstausschusses und im Kuratorium des Folkwang-Museums, wo er wechselweise 1. Vorsitzender ist, deuten auch auf seine Hobbys, nämlich Kunst und Sport.

Arbeitsdirektor wurde Werner Lippa 1952 bei der Heinrich Bergbau AG in Essen-Kupferdreh. Von dort kam er zu uns.



KOMM GUT HEIM

Die weitverbreitete Meinung, daß ein Dachdecker oder ein Raubtierdompteur gefährlich lebt, ist längst überholt. Dafür haben die Verkehrsteilnehmer auf unseren Straßen gesorgt — die Autofahrer, die Besitzer von Motorrädern oder Mopeds und sogar die Radfahrer. Jahr für Jahr kämpfen sie mit ihren Fahrzeugen gegen eine drohende Übervölkerung und räumen furchtlos wie unerschrocken untereinander auf. Sogar die Fußgänger werden im Zuge dieser freiwilligen Selbstbeschränkung nicht geschont. Wie heißt es doch in einem aus der Mode gekommenen Soldatenlied so schön: „... Zwei Kolonnen Fußvolk, zwei Batterien — wir haben sie niedergeritten!"

Zwei Kolonnen Fußvolk und zwei Batterien sind heutzutage zu wenig, unter einer Kleinstadt tun sie es nicht mehr, unsere lieben Mitmenschen und Verkehrsteilnehmer. Und auch Niederreiten ist altmodisch, so etwas macht man heute mit dem Gaspedal, mit gewagten Überholmanövern und mit schlechten Reifen.

Komisch: Wenn sich jemand den Daumennagel klemmt, dann läuft er sofort zum Arzt, es könnte ja etwas Schlimmeres passieren. Und wenn der Nachbar ein bißchen hustet, dann rät man ihm, eine Kur zu beantragen; so genau nimmt man es mit der Gesundheit und dem Leben.

Da sagte ein Vater auf einem Wochenendausflug zu seinem Sohn: „Junge, setz dich doch nicht ins Gras, du könntest dich erkälten, und das könnte dein Tod sein." Es war Mai und draußen waren es 27 Grad. Ein paar Stunden später setzte der liebevolle Vater die ganze Familie ins Auto und fuhr mit zwei spiegelglatten Hinterreifen und 120 Stundenkilometern nach Hause. Sicher ein netter Vater — wenn er nicht am Steuer sitzt.

1964 fielen in der Bundesrepublik 16000 Menschen dem Straßenverkehr zum Opfer. Das heißt, weniger dem Verkehr als dem Leichtsinn, den schlechten Reifen, den nichtfunktionierenden Blinkanlagen, den blinden Außenspiegeln, den schlechten Bremsen oder der mangelnden Sorgfaltspflicht.

16000 Menschen in einem Jahr! 44 pro Tag! Hunderttausende werden jährlich verletzt, verkrüppelt oder berufsunfähig.

Über ein Viertel der von den gewerblichen Berufsgenossenschaften erstmalig entschädigten Unfälle sind Verkehrsunfälle. Nahezu die Hälfte der tödlichen Unfälle der bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften Versicherten ereignen sich im Straßenverkehr. Kostenpunkt: 300 Millionen DM.

Die Verkehrssicherheitstage 1965 sind durchaus kein Anlaß, den Betrieben und der Polizei die Fahrzeugkontrollen zu überlassen, frei nach dem Motto: Sollen die mir doch sagen, was an meinem Fahrzeug nicht in Ordnung ist. Lieber Verkehrsteilnehmer, wenn du das nicht das ganze Jahr über aus eigenem Interesse tust, dann ist bei dir etwas nicht in Ordnung...

Bei 16000 Verkehrstoten im vergangenen Jahr kann man dir nur wünschen: Komm gut heim!

thyssenkrupp Corporate Archive

AUS DEM INHALT



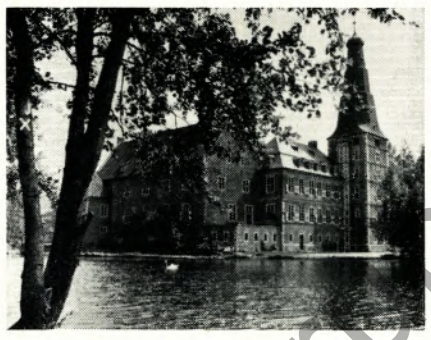
SEITE 3

Eine Stadtschnellstraße auf Stelzen über das Hüttenwerk? Technisch keine Unmöglichkeit, aber für den Ausbau unserer Anlagen eine ernste Beeinträchtigung und nicht zum Besten der angrenzenden Wohngebiete.



SEITE 6

Auch die kleine Automation, oft übersehen und wenig beachtet, leistet uns wertvolle Dienste. Sie nimmt uns anstrengende Arbeiten ab, sie vermindert Unfallgefahren und schafft Bequemlichkeit.



SEITE 10

In England und Frankreich liegen die schönsten Wasserburgen. Aber so weit braucht man nicht zu fahren, auch in unserer näheren Umgebung gibt es schöne, alte Bauwerke. Ein Tip für ein Wochenende: Ins Grüne und eine Wasserburgen-Rundfahrt.



SEITE 16

Unser Sicherheitspreisrätsel findet immer mehr Freunde. Man kann nämlich etwas dabei gewinnen und außerdem noch etwas lernen . . . man lernt bekanntlich nie aus.
Erstmalig waren auch Frauen unter den Gewinnern.

thyssenkrupp Corporate Archives

Titelbild und Rückseite





Mit diesem kleinen und handlichen Gerät wird die Temperatur des flüssigen Stahls im Konverter gemessen und angezeigt . . . die kleine Automation im Dienste des guten Stahls.

echo der arbeit

Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft, Oberhausen (Rhld.).
Verantwortlich: Direktor Friedel Kübel
Redaktion: Karlheinz Benthien
Layout und Graphik: Caren Straeter
Fotos: Rudolf Holtappel, Walter Steinbrink
Anschrift der Redaktion: Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66 (Hauptverwaltung), Telefon 24681, Werksruf 4267 und 4299. Zustellung kostenlos. Textbeiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar.
Herstellung: VVA-DRUCK, Vereinigte Verlagsanstalten G.m.b.H., Oberhausen (Rhld.) + Düsseldorf.
Klischee-Herstellung: Vignold, Essen (Ruhr), Gärtnerstraße.